



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 5

Sauerei: Rabatte auf Leiharbeiter

LEBEN

SEITE 18

Der Weg zum Meister-Bafög

ARBEIT

SEITE 24

Azubis: Was tun bei Insolvenz?

BEZIRK

SEITE 28



Exklusive Studie »Junge Generation«

Ausgebremst!

THEMEN IM HEFT



Foto: Rolf Vennenbernd / dpa / pa

Stark machen für die Jungen

Die IG Metall will sich stärker als bisher um die Probleme der unter 35-Jährigen kümmern. Eine Studie zeigt: Die Jungen werden ausgebremst, und sie sind die Verlierer der aktuellen Krise. Dass Gewerkschafter auch künftig bei der Berufswahl, im Studium und im Arbeitsleben ein Gutes Leben haben, dafür wird sich die IG Metall in den Betrieben aber auch im Bundestagswahlkampf einsetzen.

SEITE 10 BIS 13

Titelillustration: Virginie Casto / Fotolia.com



Foto: Frank Rumpenhorst

Mit dem Bike zum 1. Mai

Viele Metallerinnen und Metaller sind Motorradfahrer. metallzeitung fuhr mit bei den mittelhessischen »Worker Wheels«. **SEITE 14**

Exklusiv für Sie – Sichern Sie sich jetzt

-15%
Rabatt

Leiharbeiter verramschen

In der Krise haben Leihfirmen keine Skrupel: Beschäftigte werden als Ware zu Dumpingpreisen angepriesen. **SEITE 5**



Foto: Michael Urban / PR

Kämpfernatur und Mechaniker

Eduard Gutknecht ist Boxer, Industriemechaniker und Metaller. In Kasachstan geboren, kämpft er sich nun von Erfolg zu Erfolg. **SEITE 17**

MITMACHEN Pausenbrot gesucht**Vollkorn oder Weißbrot?**

Die metallzeitung sucht Fotos und Rezepte Eurer Pausenbrote. Mit Salat, Tomaten und Käse oder einfach nur mit Butter? Schreibt uns und sendet Eure Bilder an:

metallzeitung@igmetall.de



Foto: Jeff Griffin / istockphoto.com

Hinweis: Die nächste Ausgabe der metallzeitung erscheint nicht wie gewohnt Ende des Monats, sondern erst am 3. Juli.

IMPRESSUM metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall

Herausgeber:
Berthold Huber,
Detlef Wetzel, Bertin Eichler

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon: 0800-446 38 25
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantw. i.S.d.P.)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst:
Ilka Grobe

Redaktion:
Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia
Koppelberg, Fabienne Melzer, Ant-
neta Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Beate Albrecht, Marion Brunsfeld

Internet:
www.igmetall.de

Vertrieb:
Reinhold Weißmann
Telefon: 069-66 93-22 24,
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Hannelore Reinhardt
Telefon: 06151-8127-101,
Fax: 06151-89 30 98
E-Mail: reinhardt@zweiplus.de

metallzeitung erscheint monatlich (zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Bayern und Baden-Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

BEWEGUNG IST GEFRAGT



Foto: Gaby Gerster

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, über die Notwendigkeit von Arbeitnehmer-Protesten und über europaweite Forderungen an Wirtschaft und Politik.

Gemeinsam für ein Gutes Leben – jetzt handeln!

Die IG Metall stemmt sich gegen die Krise. Wo sich Kolleginnen und Kollegen einmischen, können wir Erfolge erzielen.

Die Republik bewegt sich. Volle Mai-Kundgebungen, Hunderttausend demonstrieren in Berlin, Zehntausende protestieren in Baden-Württemberg. Und in vielen Unternehmen wehren sich die Kolleginnen und Kollegen. Bei ThyssenKrupp, Federal Mogul, Mahle, EDS, Schaeffler und anderswo. Und überall dort, wo sich gut organisierte Belegschaften engagieren, erzielt die IG Metall achtbare Ergebnisse.

Dieser Einsatz ist richtig und er macht Mut. Wir stehen in einer Zeitenwende. Die Krise muss bewältigt werden.

Gleichzeitig steht unser Land, unser Europa vor der grundsätzlichen Frage: Welchen Weg wollen wir gehen? Den Weg vor der Krise oder den Weg einer Neuorientierung? Die IG Metall kämpft für ein gutes Leben für alle, nicht nur für wenige Reiche und Vermögende. Nur demokratische Politik kann diesen Irrweg der letzten zwanzig Jahre beenden. Zu einem guten Leben für alle gehören gute Arbeit und faires Einkommen, mehr Demo-

kratie und mehr Mitbestimmung für die Beschäftigten. Und vor allem: keine Entlassungen!

Viele Betriebe der Metall- und Elektroindustrie stehen vor dem Aus, wenn die Politik nicht eingreift. Hunderttausende Existenzen stehen auf dem Spiel. Die Regierungen in Bund und Ländern dürfen die Industrie und ihre Arbeitsplätze nicht absaufen lassen.

Wir brauchen einen Schutzschirm für Beschäftigung und Betriebe, am besten europaweit. Die IG Metall darf und wird hier nicht locker lassen! Die Aktionen im Mai waren erst der Anfang. Am 7. Juni ist ein anderer Beitrag für eine starke soziale Demokratie gefragt. Alle Arbeitnehmer können bei der Europawahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Wir brauchen starke Arbeitnehmer-Positionen, im Europäischen Parlament und in unserer Republik. Dafür werden wir weiter kämpfen – vor Ort und bei unserem großen, bundesweiten Aktionstag am 5. September in Frankfurt.

Berthold Huber

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Rentenpolitik**
Sichere und solidarische Zukunft verbindet.
- 5 **Leiharbeit**
In der Krise haben Leihfirmen keine Skrupel.
- 6 **Federal Mogul**
Ziel erreicht: Kurzarbeit statt Entlassungen.
- 7 **Behinderte zuerst entlassen**
Schwerbehinderte trifft die Krise besonders hart.
- 8 **In Kürze**
- 8 **Interview**
Daimler-Betriebsrat Klemm über die Autoindustrie
- 9 **Pflaume des Monats**

TITEL

- 10 **Gutes Leben auch für die Jungen**
»Meinen Kindern soll es einmal besser gehen als mir.« Dieser Satz, der eine ganze Generation geprägt hat, ist heute nicht mehr gültig. Die IG Metall will jungen Menschen wieder eine Stimme geben.

REPORTAGE

- 14 **Easy Rider**
Jedes Jahr fahren Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit ihren Motorrädern auf Mai-Kundgebungen. Organisiert werden die Touren vom Netzwerk »Worker Wheels«.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe**
- 19 **Zu Besuch bei ...**
... Boxer Eddy Gutknecht
- 18 **Recht so!**
Dürfen Poster und Pflanzen das Büro schmücken?

- 18 **Bildungsprämie**
Finanzspritze für Berufstätige
- 19 **Meister-BAföG**
Aufstiegschancen nutzen.
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
Techniker Michael Krebs warb in vier Monaten 33 Mitglieder.
- 20 **Laut und Leise**
Berthold Huber liest bei den Ruhrfestspielen Diderot.
- 20 **Guter Rat**
Bei Krankheit: Kein Verfall von Urlaubsansprüchen.
- 21 **Rätsel**

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Bei Haugg gewannen Azubis und Betriebsräte Rechtsstreit.
- 23 **Die gute Idee**
Migranten-Kinder: IG Metall hilft bei Sprachproblemen.
- 23 **Europawahl**
Ein Wahlspot verbreitet sich rasant im Internet.
- 24 **In Kürze**
- 24 **Insolvenz oder Schließung**
Ausbildung ist nicht verloren.
- 25 **Besser mit Bildung**
Schüler proben den Berufseinstieg.
- 25 **Arbeit und Gesundheit**
Lange Arbeitszeiten sind Gift für die Gesundheit.
- 26 **Altersvorsorge**
Dorothea Mohn: Gesetzliche Rente ist am sichersten.
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Arbeitnehmerfreizügigkeit
- 27 **Die Zahl**
Mehr Mutterschutz geplant.
- 27 **Karikatur: Biggi Stahl**

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**



Foto: IG Metall

»Schutzschirm auch für Beschäftigte« lautet die Forderung auf dem Banner der IG Metall Schwäbisch Hall, das ein Flugzeug anlässlich der Aktionstage in Baden-Württemberg zog. SEITE 6

RENTENPOLITIK

Sichere Zukunft verbindet

Die Jungen müssen entlastet werden – so haben die wechselnden Regierungen ihre vielen Kürzungen bei der Rente begründet. Tatsächlich sind es gerade die künftigen Generationen, die unter den »Reformen« zu leiden haben. Die IG Metall findet: Es ist an der Zeit für echte Reformen – die solidarisch, sicher und generationengerecht sind.



Foto: Claudia Hechtenberg / Carofoto.com

Solidarische Generationen: Feste Stellen für Junge, gesunde und gut bezahlte Arbeit und sichere Rente im Alter.

Ausbildung geschafft und arbeitslos. Mit dieser Aussicht muss jeder vierte Jugendliche rechnen, wenn die Wirtschaft in der Krise ist. So wie jetzt. Aber auch die älter werdenden Belegschaften leiden: der Leistungsdruck steigt dramatisch und sie müssen immer länger arbeiten – um im Alter mit immer weniger Rente »belohnt« zu werden.

Neue Brücke. »Auch das Rentensystem muss einen Beitrag leisten, die Krise zu bewältigen«, sagt der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber. Damit Junge bessere Chancen auf feste Stellen haben, soll den Älteren ein früherer Ausstieg erleichtert werden. In

einem »Sofortpaket Beschäftigungsbrücke« fordert die IG Metall: Wer 40 Beitragsjahre in der Rentenversicherung erreicht hat, kann mit 60 ohne Abschlüsse in

Rente gehen. Altersteilzeit wird auch nach 2009 von den Arbeitsagenturen gefördert. Ältere Arbeitslose erhalten statt 24 bis 36 Monate Arbeitslosengeld I, um ihnen zu ersparen, noch kurz vor der Rente auf Hartz IV abzurufen. Und das Rentenalter soll nicht auf 67 Jahre steigen. »In Zeiten, in denen der Staat 100 Milliarden für eine Bank und 500 Milliarden für Bürgschaften übrig hat, lassen wir uns nicht erzählen, die Rente mit 65 sei nicht mehr finanzierbar«, sagt Hans-Jürgen Urban, der im IG Metall-Vorstand für Sozialpolitik zuständig ist.

Das Sofortprogramm ist Teil eines umfassenden Reformpakets. »Wenn die Menschen Ver-

trauen in die Verlässlichkeit des Rentensystems zurückgewinnen sollen, muss es grundlegend erneuert werden.« Das erklärte Urban auf der IG Metall-Konferenz »Für einen Neuen Generationenvertrag« in Berlin – einer Veranstaltung im Rahmen der Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben«. An dieser hatten neben rund 400 Gewerkschaftern Politiker, Wissenschaftler und Experten aus Sozialverbänden teilgenommen.

Netz gegen Altersarmut. Zu den Vorschlägen gehört die Erwerbstätigenversicherung, in die schrittweise alle Berufstätigen einbezogen werden. Die gesetzliche Rente soll wieder an die Arbeits-einkommen gekoppelt werden und den Lebensstandard sichern. Heute bekommt ein westdeutscher Durchschnittsrentner nach 40 Arbeitsjahren gerade mal rund 950 Euro Rente, »dank« der vielen Kürzungen der letzten Jahrzehnte sind es aber 2030 nur noch 700 Euro, nach heutigen Werten. Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne werden die Altersarmut massiv ansteigen lassen, wenn nicht gegengesteuert wird. Darum hält die IG Metall es für unverzichtbar, Langzeitarbeitslose besser abzusichern, Niedrig-einkommen bei der späteren Rente höher zu bewerten und die Grund-sicherung im Alter anzuheben.

Außerdem sollen alle Arbeitgeber verpflichtet werden, ihren Beschäftigten Betriebsrenten anzubieten – und sich finanziell daran zu beteiligen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr Informationen gibt es unter:

► www.igmetall.de

→Themen →Soziales

32 Jahre für Armutsrente

So lange muss ein Durchschnitts-Arbeitnehmer* arbeiten und Renten-versicherungsbeiträge zahlen, um eine gesetzliche Rente auf Hartz-IV-Niveau** herauszubekommen:

2006: 26 Jahre und 6 Monate

2030: 32 Jahre und 2,5 Monate

*2458 Euro brutto, **gut 660 Euro (Single, nach Werten des Jahres 2006)
Quelle: Arbeitnehmerkammer Bremen



Skandalprospekt der Leiharbeitsfirma S&F bietet makabere Schnäppchen an.

Leiharbeiter verramscht

In der Krise haben Leihfirmen keine Skrupel: Beschäftigte werden als Ware zum Dumpingpreis per Discounter-Prospekt verramscht.

Da fiel André Arenz von der IG Metall Olpe die Kinnlade runter: Der Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens hatte ihm ein Werbeprospekt der Leihfirma S&F Personaldienstleistungen Sauerland weitergeleitet. Die Leihfirma wirbt dort mit 15 Prozent Rabatt und »Alle müssen raus«. So unglaublich, dass selbst der angeschriebene Geschäftsführer nur den Kopf schüttelte.

Auf Anfrage gab S&F an, die 15 Prozent vom eigenen Gewinn abzuziehen – nicht auf Kosten der Leihbeschäftigten. S&F ist Mitglied im Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) und dadurch an die IGZ-

DGB-Tarife gebunden: mindestens 7,31 Euro die Stunde. Der IGZ äußerte sich bestürzt über die »Unsensibilität« von S&F.

Reinhard Dombre, der beim DGB-Bundesvorstand für Leiharbeit-Tarife zuständig ist, glaubt nicht, dass die 15 Prozent wirklich vom Gewinn abgehen. »Wir haben da Beispielrechnungen gemacht. So was ist bei sauberem Tarif nicht möglich.«

Krasser Ausnahmefall? Leider nein, meint Dombre. In der Branche gibt es alles. Sogar namhafte große Leihfirmen, die sich mit DGB-Tarifen schmücken, haben daneben Schmutzableger mit den Billigtarifen der sogenannten christlichen Gewerkschaft.

Doch in Sachen Respektlosigkeit spielt der S&F-Werbeprospekt in einer Extra-Liga. Wobei: Am Hamburger Flughafen hängt ein Werbeplakat der Leihfirma »jobs in time«: »Zeitarbeit macht Sie flexibel – Fliegen und fliegen lassen«. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Aktuelle Infos zum Thema:

► www.igmetall.de/metalzeitung

Für einen Weg aus der Armut

Karlheinz-Böhm-Stiftung bildet in Metallberufen aus.

Seit über 25 Jahren kümmert sich der frühere Schauspieler Karlheinz Böhm (Sissi-Filme) um Äthiopien. Seine Stiftung »Menschen für Menschen« baut dort Brunnen, Schulen, Mädchenwohnheime und engagiert sich für die Ausbildung junger Leute.

Eines der Schlüsselprojekte ist das Agrotechnische Trainings-College (ATTC) in Harare im Osten des Landes. Seit zehn Jahren werden dort junge Leute in den Bereichen Kfz-Mechanik, Elektrik und Metallverarbeitung ausgebildet.

Weg aus der Armut. Nur Kinder aus besonders armen Familien erhalten einen der begehrten Plätze im College von Harare. Dort lernen die Auszubildenden im ersten Jahr, wie Übungsstücke auf Hundertstelmillimeter genau gefeilt werden. Im zweiten Lehr-

jahr arbeiten sie an modernen Drehbänken, Schleifmaschinen und Hobeln. Im nächsten Schritt kommt die Arbeit an computer-gesteuerten Maschinen. Die Ausstattung der Lehrwerkstätten sind zum Teil Spenden aus deutschen Betrieben. Die Lehrpläne der Ausbildung orientieren sich an denen in Deutschland.

Die Ausbildung bietet vielen Menschen eine Perspektive, um einen Weg aus der Armut zu finden. Denn die fast 800 Absolventen haben bisher alle einen Job gefunden. Viele sind als Bodenpersonal am Flughafen in der Hauptstadt oder an Regionalflughäfen untergekommen. »Menschen für Menschen« betreibt in neun Regionen Entwicklungsprojekte. Über 780 Mitarbeiter, darunter fünf Europäer, sind für die Stiftung in Äthiopien tätig. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de



Foto: Stiftung Menschen für Menschen

Im College lernen Äthiopierinnen Techniken der Metallbearbeitung.

Ein Herz für Afrika

1981 reiste Karlheinz Böhm zum ersten Mal nach Äthiopien. Seither hat seine Stiftung viele Projekte wie das College in Harare initiiert, wo junge Menschen in Metallberufen ausgebildet werden.

► www.menschenfuermenschen.de
→ Projekte → Bildung
→ ATTC

Nazis marschieren und prügeln am 1. Mai

Am 1. Mai gab es vermehrt Neonazi-Aufmärsche und Angriffe auf Gewerkschafter.

In Dortmund haben etwa 300 Rechte die DGB-Kundgebung mit Steinen und Stangen attackiert. Es gab zahlreiche Verletzte. Erst nach Stunden bekam die Polizei die Nazis in den Griff.

Weitere Neonazi-Angriffe gab es in Ulm, Rotenburg an der Würme und in Freiberg in Sachsen, wo 500 Neonazis auf-

marschiert waren und Gegendemonstranten jagten. Zudem haben eine Woche später Rechte einen Farb- und Säureanschlag auf das Gewerkschaftshaus in Dresden verübt. Der DGB Sachsen sieht »eine neue Qualität von rechtsextremen Angriffen«.

In Mainz und Kaiserslautern hingegen sind Neonazi-Aufmärsche am 1. Mai durch Gegendemonstranten gescheitert. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Tarife in der Leiharbeit

Die DGB-Gewerkschaften haben Tarifverträge mit zwei Leiharbeit-Arbeitgeberverbänden, dem BZA und der IGZ, abgeschlossen. Daneben gibt es die Tarife der sogenannten christlichen Gewerkschaften, die deutlich schlechter sind. Infos unter:

► www.gleicharbeit-gleichesgeld.de

+++ Metaller aktiv in der Krise +++ Metaller aktiv in der Krise +++ Metaller aktiv in der Krise

Aktionen in Bildern

Die IG Metall mobilisiert zum Widerstand gegen Entlassungen.



DEMOS IN EUROPA: Rund 100 000 Menschen demonstrierten am 16. Mai in Berlin für einen Sozialpakt in Europa. Unter dem Motto »Die Verursacher müssen zahlen« forderten die Demonstranten weitere Maßnahmen gegen die Krise und gegen drohende Entlassungen. Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, forderte erneut einen Schutzschirm für Unternehmen und Beschäftigte. Die Forderung stand auch auf dem vor der Siegessäule entrollten Transparent der IG Metall.

Auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Prag, Madrid und Brüssel nahmen an den von DGB und Europäischem Gewerkschaftsbund ausgerufenen Demos teil. Insgesamt gingen 330 000 Menschen europaweit auf die Straße.



Foto: Boris Roessler / dpa / pa

Federal Mogul-Beschäftigte in Wiesbaden geschlossen gegen Entlassungen.

FEDERAL MOGUL

Streik sichert Arbeit

Bei Federal Mogul in Wiesbaden wollte die Geschäftsleitung 436 von 1600 Beschäftigten kündigen. Eine Woche hat die IG Metall für einen Sozialtarif gestreikt: Kurzarbeit statt Entlassungen.

Nach einer Woche Streik hat die Geschäftsführung beim Autozulieferer Federal Mogul in Wiesbaden eingelenkt. Statt der geplanten 436 Kündigungen gibt es weiter Kurzarbeit. 120 Beschäftigte scheidern aus. Für sie wird eine Transfergesellschaft eingerichtet, wo sie ein Jahr lang 80 Prozent ihres Nettoentgelts und Qualifizierung erhalten. Die übrigen Arbeitsplätze sind bis zum 30. Juni 2010 gesichert.

»Euer Kampf ist beispielhaft für Belegschaften, die ebenso wie ihr

in dieser Krise für ihre Arbeitsplätze kämpfen müssen«, sagte Streikleiter Michael Erhardt von der IG Metall Wiesbaden-Limburg den Beschäftigten zum Abschluss. Er sieht das Ziel »Kurzarbeit statt Entlassungen« weitgehend erreicht.

Solidarität. Der Betriebsratsvorsitzende Alfred Matejka hob den Zusammenhalt der Beschäftigten hervor: »Das ist tief in unserem Bewusstsein. Wir gehen gestärkt aus diesem Arbeitskampf hervor.«

Das Management hatte mehrfach versucht, den Streik zu brechen: Briefe nach Hause, eine einstweilige Verfügung. Ehemaligen Befristeten wurde angeboten, über eine Leihfirma als Streikbrecher zu arbeiten. Einer kam – und sagte: »Ich mach's nicht.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Das Ergebnis

- Kurzarbeit und Ausschluss von Kündigungen bis zum 30. Juni 2010
- Qualifizierung während der Kurzarbeit
- 120 scheidern aus, erhalten für ein Jahr 80 Prozent ihres Nettos und Qualifizierung
- Ausstiegsangebot für bis zu 80 ältere Beschäftigte



Foto: Martin Starz / graffiti-foto.de

PROTESTE IN BADEN-WÜRTTEMBERG: Die Aktionswoche der IG Metall in Baden-Württemberg ist ein voller Erfolg: über 30 000 Beschäftigte nahmen in der zweiten Mai-Woche an unterschiedlichen Aktionen teil. In Ulm kritisierte Berthold Huber das Verhalten der Unternehmen scharf: »Unternehmen entlassen, fordern Einkommenskürzungen und zahlen zugleich noch Dividende an die Aktionäre.«

Mehr Infos zum Streik bei Federal Mogul auf dieser Internetseite:

► www.Kurzarbeit-statt-Entlassungen.de

Unser Tipp

Was tun in der Krise?

Zum einen könnt ihr Eure Meinung in der großen Beschäftigten-Umfrage der IG Metall sagen. Mit den Ergebnissen werden die Bundstagsabgeordneten konfrontiert. Den Fragebogen gibt es beim Betriebsrat oder unter

► www.gutesleben.de

Und zum anderen könnt Ihr den Frankfurter-Appell unterschreiben. Darin fordert die IG Metall von Wirtschaft und Politik, Verantwortung zu übernehmen, und stellt ihren Aktionsplan vor. Online unterschreiben unter

► www.igmetall.de

→Themen →Appell

... Hilfe vor Ort

Mitglieder finden Rechtsschutz bei ihrer zuständigen Verwaltungsstelle:

► www.igmetall.de

→Die IG Metall

→IG Metall Adressen

IN KÜRZE

Erfolg bei Mahle Alzenau

Seit zehn Wochen kämpfen die 424 Beschäftigten und 12 Azubis um den Erhalt ihres Standorts. Die Eckpunkte der bisherigen Verhandlungen stehen: Fortführung der Produktion über den 30. Juni hinaus unter Berücksichtigung von Kurzarbeit, Einrichtung von Projektteams zur Klärung neuer Produkte für den Standort Alzenau und Weiterführung der Ausbildung. Einige Fragen sind noch offen, so die künftige technische Ausstattung des Werks und der Sozialplan. Bis die Verhandlungsergebnisse endgültig stehen und entscheidungsreif werden, wird auch die Mahnwache fortgesetzt, kündigt Mahle-Betriebsratsvorsitzender Dieter Wissel an.

Schwerbehinderte zuerst entlassen

30 Prozent mehr Anträge auf Kündigung von Schwerbehinderten.

Schwerbehinderte trifft die Krise besonders. Die Integrationsämter melden 30 Prozent mehr Kündigungsanträge im Vergleich zum Vorjahr – oft ohne vorherige Prävention zum Erhalt der Arbeitsplätze, wie vom Gesetz vorgesehen. Besonders kleinere Betriebe ohne Schwerbehindertenvertretung sind betroffen. Dort fehlt die rechtliche Handhabe. Die Integrationsämter gewähren jetzt mehr Zuschüsse, um Kündigungen zu verhindern.

Aufgepasst. Das Schlimmste konnte der Schwerbehindertenvertreter Detlev Schneider vom Autohaus Lueg in Nordrhein-Westfalen verhindern. Dort hatte die Geschäftsleitung gleich drei Schwerbehinderten gekündigt,

ohne den Betriebsrat zu informieren. Die Kündigungen waren von Anfang an rechtlich nicht haltbar. Schneider schaltete das Integrationsamt ein, worauf eine Kündigung zurückgenommen wurde. Für die zwei anderen Betroffenen wurden Vorruhestandsregelungen vereinbart.

»Wir Schwerbehindertenvertreter müssen aufpassen wie die Schießhunde«, sagt Schneider. »Immer mehr Schwerbehinderte, aber auch Langzeitkranke, die sich verschlissen haben, sind jetzt Opfer von Kündigungen.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Martina.Helmerich@igmetall.de

Infos zum Thema Behinderte:

► www.igmetall.de

→Gruppen&Netze

So geht es besser

Bei den großen Autoherstellern gibt es bisher kaum Kündigungen von Schwerbehinderten – trotz Krise. Obwohl dort die Quote mit 5,72 Prozent am höchsten ist. Hier gibt es Schwerbehindertenvertreter, die konzernübergreifend kooperieren. »Wir planen bei allen Prozessen Schwerbehinderte mit ein. So fallen sie nicht in Krisen als erste raus«, erklärt Alfons Adam, Gesamtvertrauensperson bei Daimler.



VERPFLEGUNG BEIM THYSSENKRUPP-TAG: 15 000 Beschäftigte demonstrierten beim bundesweiten Aktionstag am 11. Mai gegen Entlassungen, gegen Lohnkürzungen und für den Erhalt der Mitbestimmung. Mit Erfolg: Am 13. Mai hat die Konzernspitze eingelenkt.



Foto: Bernd Weifbrod / dpa / pa

Die Abwrackprämie verhindert Kurzarbeit und sichert Beschäftigung.

200 000 Jobs gesichert

Die Umweltprämie für Altagautos sichert derzeit rund 200 000 Arbeitsplätze in Deutschland. Sie verhindert Kurzarbeit und sichert Beschäftigung bei den Herstellern, Zulieferern und im Kfz-Gewerbe. Nach Berechnungen der IG Metall kostet die Umweltprämie weit weniger als bisher angenommen.

Denn den Ausgaben stehen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und Einkommensteuer, Entlastungen durch die Vermeidung von Kurzarbeit und durch Beiträge zur Sozialversicherung entgegen.

Unterm Strich kostet die Umweltprämie bisher 570 Millionen Euro. »Die Umweltprämie ist die derzeit schnellste, wirkungsvollste und kostengünstigste Konjunkturmaßnahme in Deutschland«, sagt der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber. Sie sichert Arbeitsplätze und belastet den Staat nur maßvoll. »Ich bin froh, dass wir sie eingeführt haben«, erklärt Huber.

Ein Drittel der 27 EU-Staaten sind dem Beispiel gefolgt und haben Prämien für Altagautos zur Konjunkturbelebung eingeführt. Wie die Abwrackprämie wirkt sowie Argumente gegen häufig geäußerte Kritikpunkte gibt es unter:

► www.igmetall.de →Themen
→Aktiv aus der Krise

Huber neuer IMB-Präsident

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, ist auf dem 32. Weltkongress des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds (IMB) in das Amt des Präsidenten gewählt worden. »Arbeitsplätze und Zukunft sichern« lautete das Motto des Kongresses im schwedischen Göteborg. Die Rund 800 Delegierten aus etwa 80 Ländern verabschiedeten das IMB-Aktionsprogramm, das für die nächsten vier Jahre Maßnahmen für die Verbesserung der Rechte und Lebensbedingungen von Metallarbeitern vorgibt. Der IMB vertritt die kollektiven Interessen von 25 Millionen Mitgliedern in über 200 Gewerkschaften in 100 Ländern weltweit. Alle Forderungen des IMB gibt es unter:

► www.imfmetal.org

Journalistenpreis der OBS

Auch in diesem Jahr wird von der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) der »Preis für kritischen Journalismus« ausgeschrieben. Der Preis orientiert sich am politischen Vermächtnis Otto Brenners, dem ehemaligen Vorsitzenden der IG Metall.

Brenner sagte 1968: »Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.« Ganz in diesem Sinne und um das Andenken an den Namensgeber lebendig zu halten, vergibt die OBS zum vierten Mal den Otto-Brenner-Preis unter dem Titel »Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten«. Der Preis ist mit einem Preisgeld von insgesamt 45 000 Euro dotiert.

Artikel und Reportagen können nicht nur eingereicht werden, sondern interessante Texte und kritische Journalisten sollen von Mitgliedern nominiert werden.

Es werden mehrere Kategorien vergeben: Der erste Preis ist mit 10 000 Euro dotiert. Zusätzlich vergibt die Stiftung einen Preis »Spezial« für die beste Analyse sowie den Newcomer-/Medienprojektpreis. Bewerbungsschluss ist der 14. August. Alles rund um den Wettbewerb:

► www.otto-brenner-preis.de

INTERVIEW

Arbeit – nicht weniger, aber

Vorsicht: starkes Gefälle. Schon seit fast einem Jahr melden die Autohersteller weniger Auftragseingänge. Die Krise hat sie seit letztem Winter besonders stark erwischt. Wie geht es weiter? **metallzeitung** sprach mit Erich Klemm, dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von Daimler.

Etliche tausend Metaller gingen im Mai auf die Straße. Sie waren wütend. Weil sie nicht die Zeche für die Fehler von Bankern und Managern zahlen wollen. Banken, die Mitverantwortlichen an der Krise, verlangen jetzt trotz staatlicher Hilfen hohe Zinsen und setzen Unternehmen unter Druck: Finanzierungszusagen wollen sie an Personalabbau knüpfen.

Unter den Demonstranten waren auch viele Daimler-Beschäftigte. Die gesamte Autobranche erlebt zurzeit »eine Durststrecke, wie sie sie in dieser Form noch nie erlebt hat«, sagt Christoph Stürmer, der im Beratungsunternehmen »IHS Global Insight« die Autoindustrie analysiert. Kurzfristig gehe es darum, die akute Krise finanziell durchzustehen. Mittelfristig darum, neue Produkte zu entwickeln, die den gesetzlichen Vorgaben, vor allem den Umweltsetzen, und den gesellschaftlichen Zukunftstrends entsprechen.

Stürmer sieht die deutschen Hersteller für die Zukunft gut gewappnet. Genauso wie der Daimler-Betriebsrat Erich Klemm.

metallzeitung: 2009 ist »Darwin-Jahr«, hat Euer Konzernchef Dieter Zetsche vor kurzem auf einer Autokonferenz der IG Metall gesagt. Nur die Stärksten überleben. Gehört Daimler dazu?

Klemm: Daran habe ich keinen Zweifel. Aber diese Vorhersage ist nicht neu, wurde nicht erst in der aktuellen Krise geboren. Einige Konzerne werden sicher irgendwann als selbstständige verschwinden. Aber die Marken bleiben.

metallzeitung: Wie sieht das Auto aus, das das Überleben sichert?

Klemm: Es ist nicht das eine Auto. Im Gegenteil. Das Spektrum wird erheblich breiter werden. Das Auto der Zukunft wird viel stärker auf individuelle Bedürfnisse abgestimmt sein. Die Kunden wol-

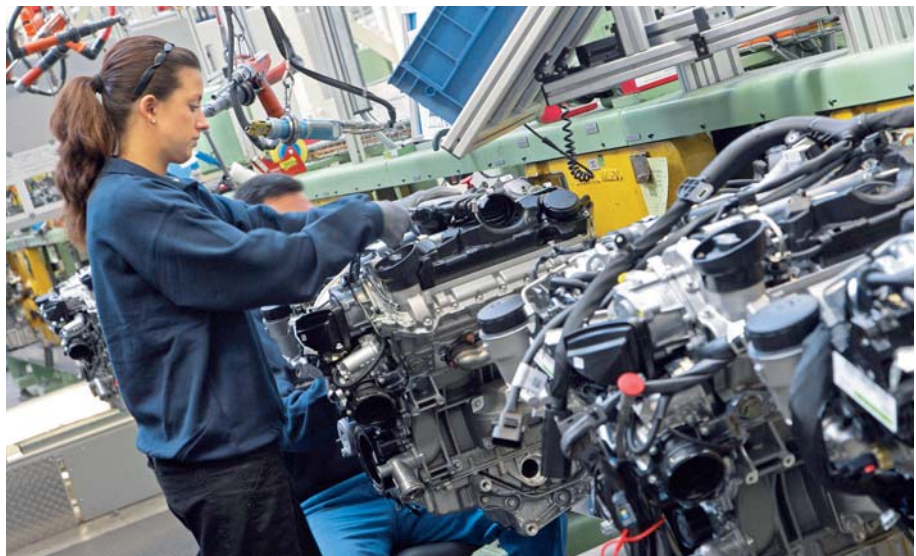
len zweckmäßige Autos. Sie wollen mit gutem – ökologischen – Gewissen Auto fahren. Einen angemessenen Preis für ihre Mobilität zahlen. Sie wollen sicher fahren ...

metallzeitung: ... zum Beispiel mit Hilfe eingebauter Kameras, die Fahrern, die einzuschlafen drohen, helfen, die Spur zu halten. Und besserer elektronischer Ausstattung, die durch mehr Informationen hilft, das Ziel besser zu erreichen.

Klemm: Auch. Außerdem wollen sie Spaß am Autofahren haben – und Statusbedürfnisse befriedigen ...

metallzeitung: ... indem sie Luxusfahrzeuge von Daimler kaufen.

Klemm: Das wäre mir am liebsten. Aber natürlich nicht nur. Deutschland ist nun mal das Land, in dem die meisten Premium-Fahrzeuge hergestellt werden.



Eine Beschäftigte in Berlin arbeitet an einem Dieselmotor im Mercedes-Werk.

Foto: Arno Bungi / dpa / pa

r anspruchsvoller



Foto: Norbert Forstnering / dpa / pa

ERICH KLEMM: »Die Manager haben gezeigt, dass sie es nicht alleine können. Mit steigendem Gehalt wird der Verstand nicht automatisch größer.« Der Betriebsrat fordert mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

metallzeitung: Es heißt aber immer, der Trend geht zum kleineren, sparsamen Auto.

Klemm: Premiummodelle werden auch in Zukunft auf dem weltweiten Markt gefragt sein. Luxus und umweltgerechtes Fahren werden aber ihren Preis haben. In der Vergangenheit wurde in der Entwicklung viel versäumt. Aber die Weichen für die Zukunft sind richtig gestellt. Den Elektro-Smart gibt es bereits, der Hybrid der S-Klasse kommt jetzt auf den Markt.

metallzeitung: Elektro-Fahrzeuge haben keine Einspritzpumpen. Vieles fällt weg – auch Stellen?

Klemm: Wir können uns neuen Entwicklungen nicht in den Weg stellen, wenn wir wollen, dass Arbeitsplätze langfristig sicher sind. Aber wir wissen gar nicht genau, wie sie sich auf die Beschäftigung auswirken. Es wird ja nicht den Elektromotor statt Benziner oder Diesel geben, sondern noch eine lange Zeit alles parallel nebeneinander: Neben zwei oder drei

klassischen Verbrennungsmotor-Typen wird es Hybrid-, Batteriebetriebene oder Elektro-Fahrzeuge auf Brennstoffzellenbasis geben. Deshalb brauchen wir dringend Einschätzungen, wie sich der Strukturwandel auf die Zahl der Beschäftigten auswirkt.

metallzeitung: Experten prognostizieren, dass möglicherweise sogar mehr Fachkräfte nötig sind, wenn die momentane Absatzkrise vorbei ist. Vor allem auch Monteure – die aber hochspezialisiert sein müssen.

Klemm: Das ist richtig. Und das bedeutet, dass die Beschäftigten sich weiterbilden und umschulen müssen. Wir fordern schon lange, dass diese Zukunftsszenarien auf Unternehmensebene untersucht werden, damit wir daraus rechtzeitig Konsequenzen ziehen können. Qualifizierung wird immer wichtiger, wenn die vielen Beschäftigten in der Autoindustrie nach der Krise eine Zukunft haben sollen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

18 000 Jobs durch Opel-Übernahme in Gefahr

Vertreter italienischer Gewerkschaften, Arbeitnehmervertreter von GM Europe und IG Metall haben über die Absicht des Fiat-Konzerns, Opel zu übernehmen, beraten. »Was uns verbindet ist die Befürchtung, dass Arbeitsplätze mit Brachialgewalt zerschlagen werden«, sagte der Opel-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Klaus Franz.

Durch eine Übernahme von Opel durch Fiat würden 18 000 Jobs gefährdet. Bedroht seien nicht nur die Arbeitsplätze in

Europa, sondern auch Werke in Brasilien und Argentinien.

Die italienische Gewerkschaft FIM-CISC sieht zwei Werke in Italien in Gefahr. Falls die Übernahmepläne von Fiat-Chef Marchionne konkret würden, soll es zu gemeinsamen Aktionen der Gewerkschaften kommen. Marchionne gilt als knallharter Sanierer, der den schweizerischen Konzern SGS rigide umstrukturierte, bevor er Chef des italienischen Autokonzerns Fiat wurde. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Zukunftsvereinbarung trägt erste Früchte

Beim Autozulieferer Schaeffler soll es keine betriebsbedingten Kündigungen geben. »Entlassungen sind in dieser Krise keine Lösung, die wir akzeptieren, weder bei Schaeffler noch anderswo«, sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, unter Verweis auf die Zukunftsvereinbarung, die die IG Metall mit Schaeffler abgeschlossen hat.

Schaeffler hatte einen Sparplan vorgestellt, wonach bundesweit 250 Millionen Euro eingespart werden sollen, das entspricht

4500 Stellen. Jede sechste Stelle wäre damit gefährdet. Nach Bekanntwerden dieser Pläne hatte es bundesweit Proteste der Schaeffler-Beschäftigten gegeben.

Eine Zwischenvereinbarung von Betriebsrat, IG Metall und Geschäftsleitung hat jetzt den Verhandlungsweg eröffnet. Ziel ist es, betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen und alle Standorte zu erhalten. ■

Weitere Informationen unter:

► www.igmetall.de → Schaeffler

PFLAUME DES MONATS

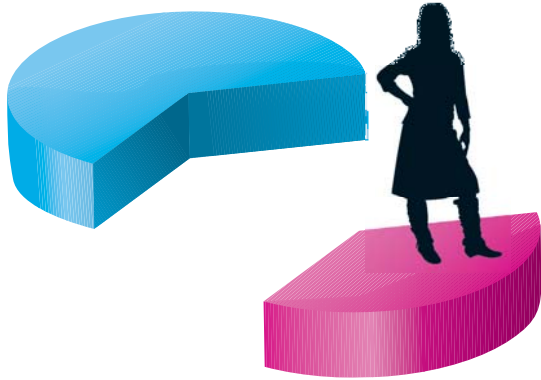
Rote Ampel für Rotlicht-Chef



Foto: Wolfram Steinberg / dpa / pa

Bis zum Bundessozialgericht focht ein Bordellbesitzer aus Speyer seinen Streit mit den Arbeitsagenturen aus: Da er sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbiete, müssten sie ihm Prostituierte vermitteln. Die Richter fanden das nicht. Nicht weil sie meinten, Frauen könnten den Job unzumutbar finden. Sondern weil Vermittlern »die Ausführung eines solchen Auftrags« nicht zuzumuten sei – wegen der »guten Sitten«. Der Anwalt des Rotlicht-Unternehmers wandte jedoch ein, dann bräuchten sie auch keine Fleischer zu vermitteln – weil Vegetarier unter ihnen sein könnten. Unser Kompromissvorschlag: Die Arbeitsagenturen schicken Fleischer in die Bordelle.

»MOTIVIERT – ABER AUSGEBREMST« –



36 Prozent der Jungen haben Probleme einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu finden.

Der jungen Generation werden beim Berufsstart Steine in den Weg gelegt: Es gibt zu wenig Arbeitsplätze. Mehr als jeder vierte junge Beschäftigte war nach Abschluss seiner schulischen oder beruflichen Ausbildung bereits länger als sechs Monate arbeitslos. ■



ERGEBNISSE DER NEUEN STUDIE DER IG METALL

Die Krise trifft Junge besonders stark

Die junge Generation bis 35 Jahre ist von der Krise besonders betroffen. Den Jungen wird derzeit sechsmal häufiger gekündigt als ihren Kollegen. Sie fürchten, dauerhaft unter der Krise zu leiden. Der Grund: Junge Menschen leiden auch ohne Krise unter Dauer-Praktika, befristeten Stellen und Leiharbeit. Dies fand die IG Metall in einer Befragung durch das Marktforschungsinstitut TNS Infratest heraus. »Die junge Generation ist motiviert, wird aber durch ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ausgebremst«, sagt der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel. »Die schlechten Lebensperspektiven müssen verbessert werden, damit die Jungen ihre positive Energie entfalten können.«

Die IG Metall will deshalb ihren Arbeitsschwerpunkt stärker als bisher auf die unter 35-Jährigen legen. Denn: Trotz vielfach schwieriger Arbeits- und Lebensbedingungen lassen die Jungen den Kopf nicht hängen. Sie schätzen ihre persönliche Zukunft immer noch positiv ein. Sie sind motiviert, sich produktiv in Arbeitswelt und Gesellschaft einzubringen. Die IG Metall will deshalb helfen, Perspektiven und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

VON SUSANNE ROHMUND

Beschäftigungsbrücke

Damit junge Menschen bessere Chancen auf feste Stellen haben, soll Älteren ein früherer Ausstieg erleichtert werden. Dies kommt vor allem unter 35-Jährigen zu Gute. Hierzu mehr auf Seite 4. ■

Abschluss Stahl

Der Tarifabschluss in der Stahlindustrie ist ein Riesenerfolg: Ab sofort verdoppelt sich der Übernahmetermin für die Azubis von vormals 12 auf 24 Monate. ■

Sichere Beschäftigung

Die Verhandlungen der IG Metall bei Daimler haben einen guten Abschluss: Die Beschäftigungssicherung gilt jetzt für alle. Bisher galt die Arbeitsplatzsicherung nur für diejenigen, die vor Juli 2004 angestellt wurden. Davon profitieren 16 000 Beschäftigte, vor allem die unter 35-Jährigen. ■

Vereinbarkeit

Wie Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen sind, ist besonders für junge Menschen eine wichtige Frage. Die IG Metall hilft, Kinderkrippen zu gründen oder beim Thema Elternzeit. Mehr dazu unter: www.igmetall.de → Ratgeber. ■

Zukunftsperspektiven

Die IG Metall bietet Plattformen für unter 35-Jährige: Ob an der Uni, im Betrieb oder in Berlin – wo kürzlich eine Konferenz mit Jungen für Junge stattfand. Netzwerke unter: www.igmetall.de → Gruppen & Netze. ■

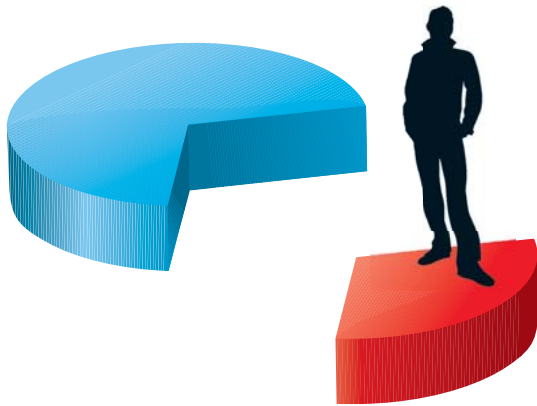


Foto: Joerg Frank / IG Metall

Die IG Metall diskutierte im April in Berlin mit jungen Leuten über deren Zukunft.



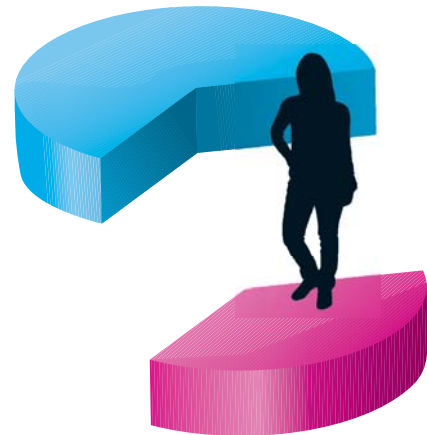
30 Prozent der Jungen arbeiten als Praktikanten, Befristete oder Leiharbeiter.



Junge Beschäftigte sind besonders stark von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen: Über 30 Prozent der Erwerbstätigen unter 35 Jahren arbeiten als Praktikanten, Leiharbeiter, in ABM-Stellen, in Teilzeit oder als befristet Beschäftigte. Berufseinsteiger unter 24 Jahren sind besonders betroffen: Fast jeder Fünfte der jungen Erwerbstätigen verfügt lediglich über einen befristeten Arbeitsvertrag. Bei den Älteren ist der Wert mit acht Prozent deutlich niedriger. Besonders schwer ist es für Berufseinsteiger eine Vollzeitstelle zu bekommen: So haben bei den Erwerbstätigen im Alter bis 24 Jahre sogar vier von zehn ein befristetes Beschäftigungsverhältnis. ■

37 Prozent haben in ihrem bisherigen Berufsleben ihren Arbeitsplatz ungewollt gewechselt.

Junge Menschen sind stark von Brüchen im Erwerbsleben betroffen: Jede Dritte war bereits mehr als sechs Monate arbeitslos. Junge Erwachsene sind am häufigsten von einem oder mehreren ungewollten Arbeitsplatzwechseln betroffen: Auf fast vier von zehn Befragten trifft dies zu. Die schwierigen Startbedingungen für junge Erwerbstätige setzen sich in ihrem weiteren Erwerbsleben fort. Ungewollte Arbeitsplatzwechsel und wiederkehrende Arbeitslosigkeit drohen die Norm zu werden. Die sogenannte »normale Erwerbsbiografie« ist also für einen erheblichen Teil unerreichbar. ■

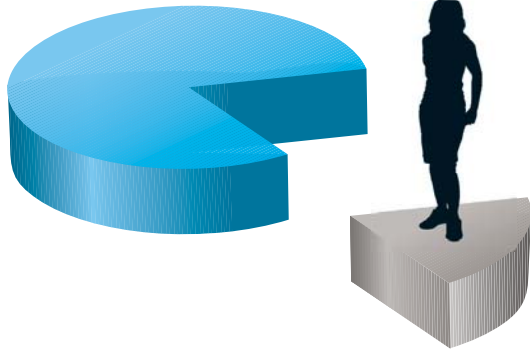


49 Prozent der Hauptschüler sind von Arbeitslosigkeit betroffen.

Chancengleichheit? Weit gefehlt. Die Prekarisierung wird durch die Schulbildung vorbestimmt. Hauptschüler sind viermal häufiger von längerer Arbeitslosigkeit betroffen als Abiturienten. Hauptschüler arbeiten dreimal häufiger für Leiharbeitsfirmen und müssen doppelt so häufig ungewollt ihren Arbeitsplatz wechseln. Die Befragung stützt also die These, dass die Ursachen von Prekarisierung nicht ausschließlich im Erwerbsleben liegen, sondern bereits während der schulischen Ausbildung entstehen. ■



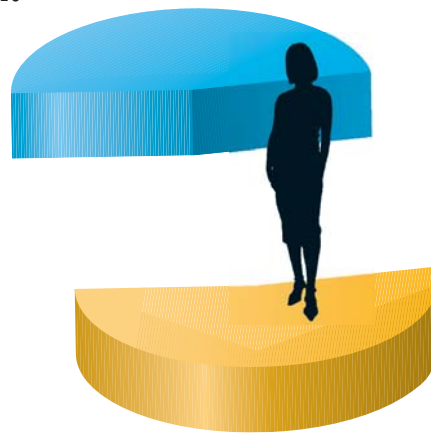
19 Prozent partizipieren an Weiterbildungsmaßnahmen.



An Weiterbildungsmaßnahmen nehmen derzeit vornehmlich junge Erwerbstätige mit guter schulischer Bildung und beruflicher Stellung sowie einem höheren Einkommen teil. Hauptschüler, Arbeiter und auch Teilzeitbeschäftigte hingegen werden kaum gefördert. Der unterschiedliche Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen verstärkt soziale Ungleichheiten und lässt Leistungspotenziale in den Unternehmen verkümmern. ■

53 Prozent der jungen Arbeitnehmer schätzen, dass sich Möglichkeiten, einen guten Arbeitsplatz zu finden, verschlechtert haben.

Die junge Generation nimmt berufliche und gesellschaftliche Entwicklungen in relevanten Bereichen negativ wahr. »Soziale Gerechtigkeit« halten nur 50 Prozent für gegeben. Nur 53 Prozent glauben, dass sie »die Möglichkeit haben, einen wirklich guten Arbeitsplatz zu finden«. Und 56 Prozent leiden unter den »beruflichen Anforderungen und Leistungsdruck«. ■



Hier bietet die IG Metall Rat

Mehr tun für junge Beschäftigte

Jeder zweite junge Beschäftigte macht sich Sorgen, dass seine beruflichen Entwicklungschancen dauerhaft unter der Krise leiden werden. Die IG Metall will gegensteuern und besonders jungen Menschen helfen. Zum einen will sie in der Politik und bei Tarifverträgen die Anliegen der unter 35-Jährigen stärker vertreten. Zum anderen helfen Rechtsschutz der IG Metall und Beratung vor Ort, jetzt schon mehr Sicherheit zu erhalten.

Fragen bei Kündigung, zur Kurzarbeit oder zum Kleinkrieg mit dem Chef beantworten die Verwaltungsstellen der IG Metall ihren Mitgliedern vor Ort. Ansprechpartner findet Ihr unter:

► www.igmetall.de → Die IG Metall → IG Metall Adressen

WAS DIE IG METALL NOCH TUN WILL

Lohn für Praktikum

Viele Praktikantinnen und Praktikanten werden als billige Arbeitskräfte missbraucht. Der Ausbildungscharakter eines Praktikums und der Anspruch auf eine angemessene Vergütung sind im Bürgerlichen Gesetzbuch zu verankern. Praktika dürfen nur noch schriftlich vereinbart werden. ■

Regeln für Leiharbeit

Leiharbeit muss reguliert werden. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ist zu ändern, damit der Gleichstellungsgrundsatz tatsächlich gilt und davon nur in einer kurzen Einarbeitungszeit abgewichen werden kann. Die Leiharbeitsbranche muss ins Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen werden, um Lohndumping wirksam zu bekämpfen. Das sogenannte Synchronisationsverbot muss wieder eingeführt werden, damit der Leiharbeitsvertrag nicht auf die Dauer des ersten Einsatzes in einem Entleihbetrieb begrenzt werden kann. ■

Schluss mit Befristung

Nach ihren befristeten Verträgen finden nur wenige einen neuen Job. Arbeitslosengeld erhält nur, wer innerhalb von zwei Jahren mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt war – deshalb droht vielen Hartz IV. Befristete müssen in unbefristete und gesicherte Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Die Möglichkeiten zur sachgrundlosen Befristung sind einzuschränken. ■

Übernahme sichern

Übernahme sichert jungen Menschen Zukunftsperspektiven – und die notwendige Berufserfahrung. Wer die Übernahme verweigert, der raubt jungen Menschen die Chancen auf einen guten Start ins Berufsleben. Darum verpflichtet sich die IG Metall, Übernahmeverpflichtungen tarifvertraglich festzuschreiben. ■

1.-MAI-TOUR DER WORKER WHEELS

Ab auf die Straße

Easy Rider: Jedes Jahr fahren Gewerkschafter aus vielen Orten in Deutschland mit ihren Motorrädern auf Mai-Kundgebungen. Organisiert werden die Touren vom Netzwerk »Worker Wheels«. **metallzeitung** war in Mittelhessen dabei.

FOTOS: FRANK RUMPENHORST

TEXT: RALF BAUM UND SUSANNE ROHMUND



ORGANISATOR: Mahle-Betriebsrat Ralf Baum, Yamaha-Fahrer, wirbt für die Motorrad-Truppe. Am 1.-Mai-Stand der IG Metall in Gießen wurden auch T-Shirts verkauft. Die Wheelers fahren mit eigenem Worker-Wheels-Outfit.



ZUM ERSTEN MAL: In Mittelhessen gab es zum ersten Mal eine Tour zur Mai-Kundgebung. 18 Frauen und Männer, von Anfang 20 bis zum Rentenalter, fuhren mit.



START DER TOUR IM HESSISCHEN USINGEN: »Was für ein romantischer Tag«, schwärmen die Fahrer, die bei leichtem Nebel losfahren. Über Butzbach, Aßlar geht es weiter nach Gießen. Gegen Mittag: schönster Sonnenschein – traumhaftes Motorrad-Wetter. Für die Thermoinnenhosen und Lederjacken wurde es dann schnell zu warm.



AUF DEN HUND GEKOMMEN: Krümel's Frauchen und Herrchen durften auch mitfahren. Klar, dass der gefühlte 50 Kilo schwere Hund in den Beiwagen kommt. Und auch klar: Tierschutz wird bei Motorradfahrern groß geschrieben: Krümel trägt eine sogenannte Cabrio-Brille. Die ist eigentlich Arbeitsschutz für die Lawenhunde in den Alpen.



AM ZIEL IN GIESSEN: 900 Menschen kamen zur Maikundgebung nach Gießen. Die 18 Motorradfahrer reichten sich zu Fuß ein. »Vielleicht organisieren wir dann nächstes Jahr einen eigenen Motorrad-Corso«, denkt Ralf Baum laut nach. »Wir hatten in diesem Jahr für das erste Mal gar nicht mit so vielen Fahrerinnen und Fahrern gerechnet.« Alle sind sich nach der Kundgebung einig: Ein gelungener Tag. »Wir werden jetzt mehr gemeinsame Touren organisieren«, kündigt Betriebsrat Baum an.



...❖ Wo finde ich die Worker Wheels?

Für Gewerkschafter, die Motorrad fahren, gibt es das Netzwerk »Worker Wheels«. Tipps und Touren vor Ort unter: ► www.worker-wheels.de

1. MAI: NAH UND FERN



Foto: DGB

SAARBRÜCKEN

Gemeinsam für Arbeit und fairen Lohn

Die Gewerkschaften melden sich am ersten Maifeiertag in der Wirtschaftskrise mit Macht zurück, schrieben viele Zeitungen. Das diesjährige Motto: »Arbeit für alle bei fairem Lohn«. Der Erste Vorsitzende Berthold Huber sagt in Saarbrücken: »Wir protestieren gegen Arbeitsplatzvernichter, gegen Spekulanten an den Finanzmärkten und gegen Renditejongleure in den Unternehmen.« ■



Foto: Murad Sezer / Reuters

ISTANBUL

Erfolg für die türkischen Gewerkschaften

Der 1. Mai ist in der Türkei seit diesem Jahr ein gesetzlicher Feiertag. »Toller Erfolg«, findet Wolfgang Rhode, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, der vor Ort war. Kundgebungsplatz: der Istanbuler Taksim, wo vor 32 Jahren über 30 Menschen bei einer Mai-Demo erschossen wurden. Auch dieses Jahr gab es wieder Tränengasopfer (Foto), und über 100 Menschen wurden verhaftet. Rhode: »Die Versammlungsfreiheit wird hier mit Füßen getreten.« ■

DIE LESER HABEN DAS WORT

Auf EU Einfluss nehmen

metallzeitung 5/2009, Europa-politik, »Wählen ist wichtig«
 »Wie wichtig das Europaparlament für uns Arbeitnehmer ist, haben uns die Entsende- und Arbeitszeitrichtlinie gezeigt. Entscheidend ist eine – künftig frühzeitigere – Information und Mobilisierung der IG Metall-Mitglieder. So können wir über Briefe und E-Mails Einfluss auf unsere EU-Abgeordneten nehmen. Bitte setzt dafür auch die metallzeitung intensiver ein.«
Karl H. Rueß, Heilbronn

»Mir fehlt an Europa, dass sich die 99 Abgeordneten aus Deutschland so wenig für ein soziales Europa einsetzen. Es widert mich an, dass die Leute so wenig für uns Arbeitnehmer tun. Sie lassen sich im Namen der Demokratie von den Wahlbürgern eine Arbeitsplatzgarantie über die Laufzeit der Legislaturperiode geben, sind aber

im Gegenzug nicht unbedingt bereit, sich dafür zu bedanken.«
Karl-Heinz Merten, per E-Mail

Sicherheiten für die Jugend

metallzeitung 5/2009, Aktuell, »Rentenreform: Sackgasse für viele«
 »Ich freue mich, dass die IG Metall endlich zu der Erkenntnis gekommen ist, Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Parlamentarier in die gesetzliche Rentenversicherung mit einzubeziehen. Bei öffentlichen Diskussionen haben sich der DGB und die IG Metall eher zurückhaltend zu diesem Thema geäußert.«
Ehrenfried Frost, per E-Mail

»Da es sich beim »Fünf-Punkte-Programm« der IG Metall um einen Generationenvertrag handelt, ist es noch um mindestens einen weiteren Punkt zu ergänzen: Der Jugend muss zwingend zugesichert werden, dass sie das Recht auf einen Ausbildungsplatz haben –

das sichert auch der Gewerkschaftsbewegung die Zukunft.«
Manfred Dörr, per E-Mail

Euch ein großes Lob

metallzeitung 5/2009
 »Die Themenwahl und inhaltliche Gestaltung der letzten Ausgabe verdient ein großes Lob. Ihr seid im besten Sinne dem sozialen Empfinden der organisierten Mitgliedschaft gerecht geworden. In Zeiten

sozialer Verwerfungen und Beliebigkeit der Politik solltet Ihr auch weiterhin die plakative Darstellung sozialer Ungerechtigkeit in den Vordergrund stellen sowie Lebenshilfen für den Arbeitnehmeralltag anbieten. Noch mehr Aktivitäten der IG Metall in Schulen- und Berufsschulen wären wünschenswert und lesenswert.«
Manfred Leiss, Sulzbach-Rosenberg

MITMACHEN SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Briefe. Vor allem über kurze, damit wir zu vielen Themen die Meinung unserer Leser abdrucken können. Schreibt entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbriefe, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt, oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Ihr könnt uns auch über unser Service-Telefon erreichen. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der gebührenfreien Rufnummer:

0800 – 446 38 25

FRAGEN AN DIE REDAKTION

1. Mai Nazi-Feiertag?

»Da Sie wieder den 1. Mai gefeiert haben: Dieser Feiertag ist erstmals am 1. Mai 1933 von Adolf Hitler als »Tag der nationalen Arbeit« eingesetzt worden! Warum feiert die IG Metall diesen Nazi-Feiertag, obwohl sie doch die nationalsozialistische Ideologie ablehnt?«

H.D. Balla, Duisburg

metallzeitung: Der 1. Mai ist kein Nazi-Feiertag. Die Nazis fingen im Jahr 1933 an, den 1. Mai zu pervertieren. Dieser ist seit 1890 Feiertag der internationalen Arbeiterbewegung, auf Beschluss der Zweiten Internationalen 1889. Der Ursprung: Der Streik für den Acht-Stunden-Tag in Chicago am 1. Mai 1886. Am 1. Mai 1890 gab es erstmals weltweit Streiks und Demonstrationen, auch in Deutschland.

Gesetzlicher Feiertag war der 1. Mai bereits 1919, nach der Revolution – ab 1920 auf Widerstand der rechten Parteien jedoch nicht mehr. 1933 haben die Nazis den 1. Mai für ihre Zwecke entfremdet und als »Tag der nationalen Arbeit« verordnet. Die Abneigung und Pervertierung massentauglicher Methoden und Symbolik der Arbeiterbewegung gehörte zur Strategie der National-»Sozialisten«.

Infos zum 1. Mai:

► www.erstermai.dgb.de

→ Geschichte des 1. Mai



Foto: Jeff Griffin / istockphoto.com

... Gesucht

Deutschlands Top-Pausenbrot

Immer nur Pommes, Schnitzel oder Currywurst? Hat das gute alte Butterbrot ausgedient? Wir glauben nicht. Und deshalb sucht die **metallzeitung** Deutschlands Top-Pausenbrot. Ob Vollkorn, Dinkel oder Weißbrot – ob mit Leberwurst, Quark, Gurke oder Frikadelle belegt: Sendet uns ein Foto von Eurem Sandwich. Und bitte sendet uns auch das Rezept für die leckere Schnitte. Wir werden Foto und Rezept veröffentlichen.

MITMACHEN DAS LECKERSTE PAUSENBROT DER IG METALL

Schicke uns Dein Digitalfoto und das Rezept zum Thema: »Pausenbrot«. Für die Veröffentlichung in der metallzeitung gibt es diesmal als Preis ein multifunktionales Braun Digital Radio.

Nähere Informationen und die Teilnahmebedingungen zum Fotowettbewerb findest Du unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI EDDY GUTKNECHT

Ein Boxer will nicht alleine kämpfen

Eduard Gutknecht ist eine Kämpfernatur. In Kasachstan geboren, boxt er sich nach schwierigem Start in Deutschland von Erfolg zu Erfolg. Auch beruflich hat dem gelernten Industriemechaniker der Sport geholfen. Momentan ist er Profi-Boxer. Aber immer noch Mitglied in der IG Metall.



Foto: Michael Urban / PR

Eduard Gutknecht trainiert hart. Er ist zweifacher Deutscher Meister.

Was ist das für einer? Tut sich jeden Tag vier bis fünf Stunden hartes Training an, riskiert eine dicke Lippe, kommt oft nur mit einem blauen Auge davon oder kriegt so eins auf die Nase, dass sie bricht. Metalldicker Gutknecht ist so einer. Fast 160 Kämpfe hat Eduard »Eddy« Gutknecht in den letzten elf Jahren ausgetragen. Und 124 davon gewonnen. Er ist Boxer, Profi inzwischen. Obwohl er was ganz anderes gelernt hat: Industriemechaniker, im VW-Werk in Wolfsburg.

13 Jahre war er alt, als seine Familie aus Kasachstan in die kleine Gemeinde Sassenburg bei Gifhorn umzog. »Ich konnte nur russisch, habe in der Schule kein Wort gesagt und keine Noten bekommen«, erinnert sich der inzwischen 27-Jährige. Perspektiven? Sah er nicht.

Und das hätte sich auch nicht so schnell geändert, wenn er nicht angefangen hätte, sich fürs Boxen zu begeistern. Er ging in den Sportverein. Und dort bekam er zu hören: Wenn du nicht deutsch sprichst, fliegst du raus. »Also habe ich mich angestrengt«, erzählt er.

Und das war gut. Mit 16 fliegt er zu seiner ersten Europameisterschaft. Mit 18 wird er Vize-Weltmeister der Junioren, drei Jahre später, 2003, Deutscher Meister bei den Senioren, und 2005 noch einmal. Viele Stunden hartes Training liegen dazwischen, für die er einen Großteil seiner Freizeit opfert. Und das alles neben der Ausbildung bei VW – die er, obwohl sie auf zweieinhalb Jahre verkürzt wird, als einer der Besten abschließt.

Aber das Boxen geht ihm nicht aus dem Kopf. 2006 wird er Profi. VW stellt ihn von der Arbeit frei und garantiert ihm, dass er wieder eingestellt wird, wenn er den Profisport mal an den Nagel hängt. Das kann aber noch ein paar Jahre dauern. Jetzt arbeitet er wochentags in Hamburg, im »Universum«, wo auch Wladimir Klitschko geboxt hat. Er tritt im Supermittelgewicht an, das geht bis 76 Kilo. Sein nächster Fight ist am 6. Juni. Wer da siegt, darf gegen den Weltmeister antreten. Seine Frau Julia und seinen ein Jahr alten Sohn Noel sieht er oft nur am Wochenende. Die 26-jährige Julia schockt es nicht mehr, wenn er mit ramponiertem Gesicht, abgebrochenem Zahn oder gebrochenem Finger nach Hause kommt. »Die ist das ge-

wohnt.« Bleibt ganz cool, genau wie Eddy. »Einen Nasenbruch merkt man ja im Kampf nicht. Die Schmerzen kommen erst einen Tag später.«

»Boxen ist kein Prügelsport«, sagt er. Nichts für Leute, die nur ihre Aggressionen abreagieren wollen. »Das ist Körpertraining. Es geht um Taktik, Technik, Kondition, um Schnelligkeit. Boxen macht einfach Spaß.« Wer es nie gemacht hat, verstehe das nicht.

Es sei auch eine gute Sache. Vor allem für Einwandererkinder. »Ich bin durch den Sport erst richtig in der neuen Heimat angekommen«, sagt Eddy. Und das hätte er auch bei anderen »russischen« oder türkischen Jugendlichen beobachtet, die er in seinem Verein BC Gifhorn getroffen hat. Jugendliche aus schwierigen Familien könnten durch Sport von der Straße geholt, ihr Abrutschen in den Sumpf von Drogen und Alkohol verhindert werden.

Einmal ist ausgeboxt. Einige Jahre will Eddy noch boxen. Aber irgendwann ist Schluss, das ist klar. Darauf bereitet er sich schon vor und bildet sich zum technischen Fachwirt weiter. Sein künftiger Arbeitsplatz wird dann wohl wieder in Wolfsburg sein.

Vor zehn Jahren, als er Azubi bei VW wurde, ist er in die IG Metall eingetreten. Und blieb drin, auch als er Profiboxer wurde. »Wenn ich wieder in die Arbeit einsteige, möchte ich Ansprechpartner haben, wenn ich ein Problem habe«, begründet er seine Treue. »Als Gewerkschafter ist man nicht allein. Und man braucht Unterstützung im Leben – selbst wenn man ein starker Boxer ist.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

RECHT SO

Pflanzen oder Privatfotos sind nicht immer erlaubt

Um in einer vertrauten und persönlichen Atmosphäre zu arbeiten, stellen Mitarbeiter gerne Pflanzen auf oder verschönern die Wände des Arbeitsplatzes mit Postern ihres favorisierten Fußballclubs. Darf der Chef das verbieten?

Carsten Schuld: Die Betriebsstätte ist Eigentum des Arbeitgebers. Er kann also auch über die Einrichtung bestimmen. Dieses Recht darf er aber nicht willkürlich ausüben. Ob im Büro, am Verkaufsschalter oder auch in der Werkstatt: Bei einem Arbeitsplatz mit Kundenkontakt kann der Arbeitgeber auf einer einheitlichen Gestaltung bestehen. In diesen Fällen darf das Unternehmen die genaue Einrichtung des Arbeitsplatzes vorgeben – bis hin zur Kleidung der Beschäftigten. Um das einheitliche Auftreten zu sichern, können auch kleine persönliche »Accessoires« wie Familienbilder, Fanposter oder Pflanzen untersagt werden.

Gesundheit geht vor. Wenn es um Sicherheit oder Hygiene am Arbeitsplatz geht, muss der Vorgesetzte eingreifen und darf den Verschönerungsdrang von Beschäftigten sogar kontrollieren. Sonst riskiert er Ärger mit der Berufsgenossenschaft oder auch der Gewerbeaufsicht.

Fühlen sich Kolleginnen und Kollegen zu Recht gestört, ist dies ein weiterer Grund, dem freien Entfaltungsdrang Einhalt zu gebieten. Ein Radio ist nur erlaubt, wenn sich

niemand davon belästigt fühlt und niemand von der Arbeit abgehalten wird. Die Beschwerde über das Poster eines Fußballvereins wird wohl erfolglos bleiben. Aber wenn sich ein Mitarbeiter über Nacktfotos beschwert, muss der Arbeitgeber handeln – selbst wenn er die Bilder harmlos findet. Die Antidiskriminierungsgesetze zwingen ihn zum Einschreiten.

Auch wenn politische Meinungsäußerungen im Betrieb gestattet sind: Der Arbeitgeber muss einen mit Parteiplakaten oder -aufklebern verhängten Arbeitsplatz nicht akzeptieren.

Wirbt ein Beschäftigter dagegen für seine Gewerkschaft und deren Botschaften, müssen Vorgesetzte dies dulden. ■



Carsten Schuld, Jurist beim DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Eure Fragen.

Foto: Olaf Döring

Weitere Fragen zum Arbeitsrecht?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

- ▶ www.igmetall.de/metallzeitung
- ▶ www.dgbrechtsschutz.de

GELD FÜR BILDUNG



Bildungsprämie

Finanzspritze für Berufstätige

Einen finanziellen Anreiz gibt es für Berufstätige, die sich nach Dienstschluss weiterbilden. Vor allem für Lernwillige mit geringem Einkommen ist die Förderung gedacht.

Wer erhält den Prämiegutschein?

Einen Prämiegutschein erhalten Erwerbstätige mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von maximal 20 000 Euro (40 000 Euro bei gemeinsam Veranlagten). Auch für Mütter und Väter in Elternzeit oder Berufsrückkehrer gibt es den Prämiegutschein. Keine Förderung erhalten Erwerbslose oder Personen, die Anspruch auf andere Finanzierungshilfen für einen Kurs haben, beispielsweise das Meister-BaföG.

Wie wird gefördert?

Die Bundesregierung übernimmt 50 Prozent der Weiterbildungskosten, maximal jedoch 154 Euro. Mindestens die gleiche Summe ist selbst zu tragen. Ein Großteil der individuell finanzierten beruflichen Bildungsangebote kann über Prämiegutschein und Eigenanteil finanziert werden. Der Kurs muss außerhalb des Betriebs stattfinden und über eine arbeitsplatzbezogene Maßnahme hinausgehen.

Was ist das sogenannte Weiterbildungssparen?

Das Weiterbildungssparen ist eine weitere Komponente der Bildungsprämie. Es erlaubt auch vor Ablauf der Ansparfrist (sieben Jahre) eine Entnahme von angespartem Guthaben aus Sparverträgen. Die Arbeitnehmerzulage geht dabei nicht verloren. Zudem gelten keine Einkommensgrenzen: Jeder Beschäftigte, der ein mit Arbeitnehmersparzulage gefördertes Sparguthaben hat, kann diese Komponente der Bildungsprämie in Anspruch nehmen.

Wer ist Ansprechpartner?

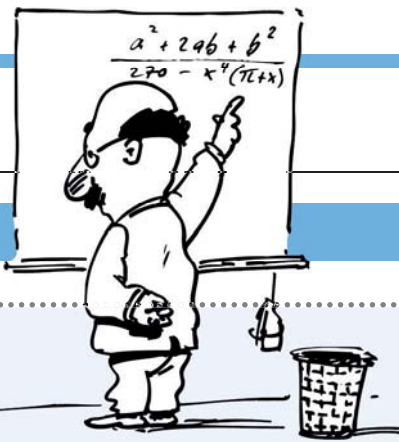
Wer an einer Weiterbildung interessiert ist, sucht eine Beratungsstelle auf, die berechtigt ist, Gutscheine auszustellen. In der Beratung werden die persönlichen Bedingungen, das Weiterbildungsziel und die Anforderungen an die Weiterbildung geklärt. Wenn sie erfüllt sind, gibt es den Gutschein. Das Gespräch ist übrigens Pflicht. Bundesweit gibt es rund 600 Beratungsstellen. Adressen finden sich über eine Deutschlandkarte unter:

- ▶ www.bildungspraemie-info.de

Checklisten und Infos

»Qualität beruflicher Weiterbildung« – Checkliste des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Herunterladen unter:

- ▶ www.bibb.de → Publikationen → Veröffentlichungen im Internet
- Printprodukte im Internet



Meister-Bafög

Aufstiegsschancen nutzen

Berufliche Fortbildung kostet Geld und Zeit. Ab 1. Juli verbessert sich die Ausbildungsförderung für Meister, Techniker und Fachwirte, das sogenannte Meister-Bafög.

Wer erhält das Meister-Bafög?

Handwerker und andere Fachkräfte, die sich auf einen Fortbildungsabschluss zum Handwerks- oder Industriemeister, Techniker, Betriebsinformatiker, Programmierer, Betriebswirt oder eine vergleichbare Qualifikation vorbereiten. Voraussetzung: Eine anerkannte und abgeschlossene Erstausbildung oder ein vergleichbarer Berufsabschluss. Eine Altersgrenze besteht nicht.

Was wird gefördert?

Aufstiegsfortbildungen, die einen Abschluss über dem Niveau eines Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfen- oder Berufsschulabschlusses haben. Gefördert werden Voll- und Teilzeitkurse mit mindestens 400 Stunden Unterricht.

Wie hoch ist die Förderung?

Für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren von Voll- oder Teilzeitmaßnahmen gibt es einen einkommens- und vermögensunabhängigen Förderungsbeitrag von maximal 10 226 Euro. Dieser Betrag wird zu 30,5 Prozent als Zuschuss und zu 69,5 Prozent als zinsgünstiges Darlehen gewährt und ist in der Fortbildung und einer anschließenden Karenzzeit von zwei Jahren (maximal sechs Jahre) zins- und tilgungsfrei. Kosten für eine Prüfungsarbeit wird zu 50 Prozent (maximal 1534 Euro) mit einem zinsgünstigen Darlehen gefördert.

Gibt es Geld zum Lebensunterhalt?

Die Leistung besteht aus einer Zuschuss- und Darlehenskomponente. Alleinstehende erhalten 675 Euro, mit Kind 885 Euro. Ehepaare erhalten 890 Euro im Monat Unterhalt, mit Kind gibt es 1100 Euro, mit zwei Kindern 1310 Euro. Der Zuschuss ohne Kind beträgt 229 Euro, mit einem Kind 334 Euro. Die Darlehenshöhe ist vom Familienstand abhängig und wird zu zinsgünstigen Konditionen vergeben. Alleinstehende erhalten zudem monatlich bis 113 Euro Betreuungskosten je Kind.

Wo beantragt man das Meister-Bafög?

Anträge sind schriftlich vor Beginn der Fortbildung bei den Ämtern für Ausbildungsförderung zu stellen. Für das Darlehen ist die Kreditanstalt für Wiederaufbau zuständig. Adressen finden sich unter:

► www.meister-bafoeg.info

→ Antragstellung → Ämter für Ausbildungsförderung

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

»Da ist bei vielen ein Umdenken im Gang«

metallzeitung sprach mit dem Techniker Michael Krebs, 56, der bei BMW in vier Monaten 33 Mitglieder geworben hat.

metallzeitung: Wie schafft man es, in so kurzer Zeit so viele Mitglieder für die IG Metall zu gewinnen?

Michael Krebs: Mit guten Argumenten. Viele haben jetzt Sorge um ihren Arbeitsplatz. Ältere Mitarbeiter bängen, ob sie noch in die Altersteilzeit kommen. Junge Ingenieure sind offener geworden für die Gewerkschaft. Da ist bei vielen ein Umdenken im Gang.



Foto: BMW - Betriebsrat

BMW-Betriebsrat Michael Krebs: »Junge Ingenieure sind offen für die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.«

metallzeitung: Was war für Dich das Überraschendste bei den Neueintritten?

Krebs: Sogar eine Führungskraft habe ich als Mitglied gewonnen. Das ist eine große Ausnahme. Denn je höher man kommt, umso eher befürchten die Kollegen einen Karriereknick, wenn sie Metaller werden. Obwohl das so ja nicht stimmt.

metallzeitung: Hattest Du schon vorher Erfahrungen mit dem Werben von Mitgliedern?

Krebs: Bevor ich 2006 Betriebsrat wurde, war ich Vertrauensmann. In dieser Zeit habe ich auch jedes Jahr einige Dutzend Mitglieder gewinnen können.

metallzeitung: Welches Ziel hast Du Dir dieses Jahr gesetzt?

Krebs: Diesmal möchte ich 50 Aufnahmen schaffen. Es läuft

gut. Denn dank eines starken Betriebsrats und einer starken IG Metall kommt bei uns die zweite Tarifierhöhung wie geplant. Die Kollegen sehen, dass sie echt mehr Geld in der Tasche haben. Das ist bei anderen Firmen nicht so selbstverständlich.

metallzeitung: Muss man auf Kollegen im Angestelltenbereich anders zugehen?

Krebs: Sicher argumentiert man da anders. Oft dauert es auch länger, bis jemand überzeugt ist.

metallzeitung: Wie kamst Du persönlich zur IG Metall?

Krebs: Als ich vor 30 Jahren bei BMW anfang, bin ich Mitglied geworden. Ich war schon immer Gerechtigkeitsfanatiker. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Aktion bis 30. August: Jetzt werben!

Es lohnt sich, jetzt neue Mitglieder für die IG Metall zu gewinnen. Nicht nur weil es ein kleines Dankeschön gibt in Form eines Gutscheins von jeweils 15 Euro für jedes geworbene Mitglied.

■ Es geht um Grundsätzliches. Gerade in schwierigen Zeiten sind starke Gewerkschaften wichtiger denn je. Nur gut organisierte Belegschaften können die anstehenden Herausforderungen im Betrieb bestehen. Jeder ist gefragt. Jeder kann Kollegen ansprechen und für die IG Metall gewinnen. Die Aktion läuft noch bis zum 30. August 2009. Mehr unter: ► www.gutes-leben.de

LAUT UND LEISE

Film über den Streik bei der Vacuumschmelze

September 2008. Die Belegschaft der Vacuumschmelze (VAC) in Hanau streikt. Das Management ist aus dem Tarif ausgestiegen, um die Löhne zu kürzen. Die VAC hat hohe Schulden. Heuschrecke an Bord. Und dennoch Millionen-Boni für die Bosse. So nicht, sagten die VACer – und erkämpf-



ten ihren Tarifvertrag zurück. Das Filmteam vom IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel war dabei: Versammlungen, Abstimmungen, Demos – Menschen in Aktion. So funktioniert Streik. **de**

»Wir sind VACer«, DVD, 60 Min. Schickt einen Rückumschlag, DIN-A4/5, mit 2,20 Euro frankiert an: IG Metall-Bildungszentrum, AVZ Otto-Brenner-Straße 100 – 45549 Sprockhövel

Neues Buch: »Fleißig, billig, schutzlos«

Leiharbeiter in Deutschland: Sie werden billig bezahlt und gemobbt. Viele wurden aus festen Jobs in unternehmenseigene Leihfirmen verschoben. Sie bleiben immer Leiharbeiter. Und in der Krise erwischt es sie als erstes: Raus. All das beschreibt der Wirtschaftsjournalist Gerhard Schröder anhand zahlrei-



cher Einzelschicksale. Schöder zeigt auch, wie es in anderen EU-Ländern mit der Leiharbeit aussieht: besser, fair bezahlt und sicherer. Doch die deutsche Politik will das nicht – und bremst EU-Gesetze zur fairen Behandlung von Leiharbeitern aus. Die IG Metall hat Schröder bei seinen Recherchen unterstützt. **de**

Gerhard Schröder: »Fleißig, billig, schutzlos«, Fackelträger-Verlag, 224 Seiten, 16,95 Euro.

Berthold Huber liest bei den Ruhrfestspielen

Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber liest mit dem Intendanten der Ruhrfestspiele, Frank Hoffmann, »Rameaus Neffe« von Denis Diderot. Im 18. Jahrhundert war der Philosoph einer der



Wegbereiter der französischen Revolution. Das Stück: Ein sozialkritischer Dialog zwischen ei-

nem Zyniker, für den nur der Profit zählt, und einem Philosophen, für den der Wert des Menschen im Mittelpunkt steht. Das Thema ist aktueller denn je und neben der langen gewerkschaftlichen Tradition der Ruhrfestspiele Grund für Berthold Huber, hier zu lesen. **de**

Lesung, 13. Juni, Ruhrfestspiele Recklinghausen. Eintritt frei. ▶ www.ruhrfestspiele.de

MITMACHEN SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von metallzeitung-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an: ▶ metallzeitung@igmetall.de

GUTER RAT

Bei Krankheit: Kein Verfall von Urlaubsansprüchen

Urlaub von Langzeitkranken darf auch nach dem 31. März des Folgejahres nicht verfallen. Man hat Anspruch auf Übertragung.



Foto: Thaut Images / fotolia.com

Gerichtsurteil: Langzeitkranke dürfen ihren Urlaub nachholen.

Auch kranke Arbeitnehmer haben ein Recht auf ihren gesetzlichen Erholungsurlaub. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied, dass gesetzliche Mindesturlaubsansprüche, die wegen langer Krankheit nicht innerhalb eines Kalenderjahres und auch nicht bis um Ende des Übertragungszeitraumes im Folgejahr genommen werden können, nicht (mehr) verfallen (EuGH, Urteil vom 20. Januar 2009, Aktenzeichen: C-350/06 und C-520/06). Das Bundesarbeitsgericht (BAG) folgte in einer Entscheidung der Auffassung des EuGH und hat die bisherige Rechtsprechung zu Re-

gelungen im Bundesurlaubsgesetz geändert (BAG, Urteil vom 24. März 2009, Aktenzeichen: 9 AZR 983/07). Jetzt haben Langzeitkranke Anspruch auf Übertragung ins Folgejahr, und zwar rückwirkend ab 2. August 2006.

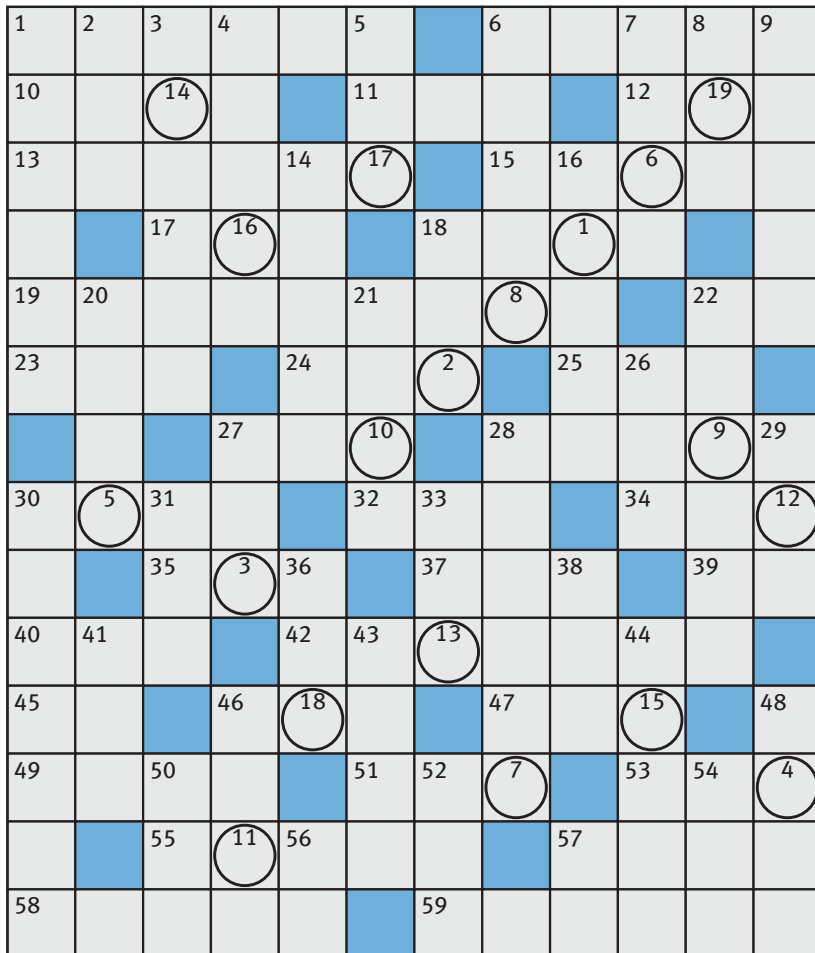
Wird die Arbeitsfähigkeit eines Kranken bis zum Ende seines Arbeitsverhältnisses (zum Beispiel wegen Rentenantritt) nicht wiederhergestellt, muss der nicht genommene Urlaub finanziell abgegolten werden. Diese Grundsätze gelten jedoch nur für den gesetzlichen Urlaubsanspruch von 24 Werktagen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Empfehlung der IG Metall: Selbst aktiv werden

- Betroffene sollten ihrem Arbeitgeber schriftlich mitteilen, dass wegen Krankheit der gesetzliche Mindesturlaub nicht genommen wurde und dieser in das Folgejahr zu übertragen ist.
- In diesem Brief den Arbeitgeber auf das Urteil des BAG vom 24. März 2009 und Artikel 7 der Richtlinie 2003/88/EG verweisen.
- Ob tarifliche oder vertragliche (Mehr-)Urlaubsansprüche verfallen, hängt von den jeweiligen Regelungen ab. Deshalb: Unbedingt auf tarifliche oder einzelvertragliche Ausschlussfristen achten. Infos zum Tarifvertrag erhalten Mitglieder bei ihrer IG Metall-Verwaltungsstelle.

RÄTSEL



Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18	19			

WAAGERECHT

- 1 Zeugnisnote (umgangssprachlich)
- 6 unbestimmtes Wesen oder Ding
- 10 naturbelassen, urwüchsig
- 11 Gegenspieler Luthers
- 12 Sorte
- 13 Geschäftsgewinn
- 15 in der Musik: langsam, breit
- 17 Gefrorenes
- 18 Vogel
- 19 leichtes Schnürmieder
- 22 Autokennzeichen von Apolda
- 23 unbest. Artikel
- 24 Flussniederung
- 25 Ei (engl.)
- 27 Sprengstoff (Abkürzung)
- 28 Halbinsel im Roten Meer
- 30 Strom in Sibirien
- 32 Fußglied
- 34 PC-Anschluss (Abk.)
- 35 Handelsbrauch, Gewohnheit
- 37 Kirchenbauwerk
- 39 Autokennzeichen von Schwerin
- 40 ARD-Sender (Abk.)
- 42 Hauptstadt von Kenia
- 45 Autokennzeichen von Olpe
- 46 Fragewort
- 47 Geländeform
- 49 Südostasiat
- 51 englische Frauenanrede (Abkürzung)
- 53 Kunst (lat.)
- 55 Stallstroh als Bodenbelag
- 57 ehem. Maß des Drucks (Abkürzung)
- 58 Gletschermumie (ugs.)
- 59 Teil der Ausgehkleidung

SENKRECHT

- 1 kurzer Nagel
- 2 persönliches Fürwort
- 3 Vater und Mutter
- 4 letzter König von Libyen †
- 5 Geröllwüste in der algerischen Sahara
- 6 aufsehenerregendes Ereignis
- 7 Handelsgut
- 8 Boshaftigkeit, Falschheit
- 9 Verkehrszeichen
- 14 asiatischer Staatenbund (Abk.)
- 16 großes Kloster
- 18 Wenderuf beim Segeln
- 20 Seinezuffluss
- 21 Sprung beim Eiskunlauf
- 22 Ex-US-Tennisstar (Andre)
- 26 afrikanische Kuhantilope
- 27 Fluss in Sibirien
- 28 sportliche kurze Hose
- 29 Sohn (arabisch)
- 30 afrik. Staat
- 31 bloß, nicht mehr als
- 33 eines der Mainzelmännchen
- 36 englisch: eins
- 38 ausgestorbener Riesenvogel
- 41 Schmerz, Leid
- 43 Nährmutter
- 44 ein Bogen Papier
- 46 geistreicher Spaß
- 48 einer der Bremer Stadtmusikanten
- 50 starker Zweig eines Baumes
- 52 Grogzutat
- 54 französisch: Straße
- 56 Autozeichen für Indonesien
- 57 Autokennzeichen von Ansbach

Die Gewinner im April

Lösungswort:

Mindestlohn jetzt

Erster Preis: Ein digitaler 10-Band-Weltempfänger
Regine Hoffmann, Bremen

Zweiter Preis: Ein original Steiff-Teddy »Lotte – im Koffer«
Uta Gocz, Zwickau

Dritter Preis: Ein »Brockhaus Alternative Medizin«
Barbara Walz, March

Die Preise im Juni



Erster Preis
Ein »Bosch-Akku-Schrauber IXO« mit Lithium-Ionen-Technologie inkl. Metallbox, 11 Bits und einem Doppelbit



Zweiter Preis
Eine »GuBe-Wippe – Der WIP-Venentrainer«



Dritter Preis
Ein IG Metall-Fußball »Derbystar«

Einsendeschluss:

23. Juni 2009

Bitte das Lösungswort unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

DA GEHT WAS

Metaller kämpfen für ihre Rechte

Die Beschäftigten der Firma Haugg-Industriekühler im baden-württembergischen Sulz wollten sich nicht mehr alles gefallen lassen. Vor mehr als zwei Jahren baten sie die IG Metall um Hilfe. Heute sind Metallerinnen und Metaller stolz darauf, dass für sie der Tarifvertrag gilt. Sie möchten auf ihre neu gewonnenen Rechte nicht mehr verzichten.



Die Betriebsräte der Firma Haugg-Industriekühler: Sie und die Beschäftigten lassen sich nicht mehr alles gefallen.

Wer kämpft, kann gewinnen. Das erfuhren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Haugg-Industriekühler GmbH in Sulz am Neckar. Sie profitierten von ihrem gewerkschaftlichen Engagement, dem Wissen um ihre Rechte und davon, dass die Mehrheit der Belegschaft organisierte Mitglieder der IG Metall sind.

Der Arbeitgeber wollte eine 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich einführen. Dies ließen sich die Beschäftigten nicht gefallen. Sie suchten Rat und Unterstützung bei der IG Metall Freudenstadt. Kurz darauf gab es Aktionen, Warnstreiks und schließlich konnte die IG Metall einen sogenannten Anerkennungstarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie für die Beschäftigten durchsetzen.

Diese Variante des Flächentarifvertrags kommt zum Einsatz, wenn der Arbeitgeber keinem Tarifträgerverband der Metall- und Elektroindustrie angehört.

Um eine solche Form der Tarifbindung durchsetzen zu können, muss die Mehrheit einer Belegschaft organisiert sein: 2007 waren etwa 25 Prozent der Arbeitnehmer von Haugg organisiert, jetzt sind es 70 Prozent.

Wissenshunger war groß. Seit 2007 organisierte die IG Metall zusammen mit dem Betriebsrat zehn Mitgliederversammlungen, zu denen auch Nichtmitglieder eingeladen waren. Bei den ersten Treffen standen Informationen über gewerkschaftliche Arbeit und Tarifverträge im Mittelpunkt. Der

Wissenshunger der Beschäftigten war groß. Sie erkannten, dass es lohnenswert ist für Arbeitnehmerrechte zu kämpfen. »Unser Ziel ist es, möglichst viele Betroffene zu informieren, aufzuklären und an Entscheidungen zu beteiligen«, berichtet Violetta Garzanti von der IG Metall Freudenstadt.

Zunächst blieb der Arbeitgeber weiter stur und achtete die Rechte der Metallerinnen und Metaller nicht: Beispielsweise mussten Auszubildende ihr Recht auf Fahrtgeld vom Wohnort zur Berufsschule und eine Weiterbeschäftigung gemäß des Beschäftigungssiche-

rungstarifvertrages der Metallindustrie vor Gericht erstreiten. Dem Jugend- und Auszubildendenvertreter steht laut Paragraph 78a des Betriebsverfassungsgesetzes ein Festvertrag zu. Auch den erhielt er nicht ohne Arbeitsgerichtsverfahren.

Außerdem erteilte der Arbeitgeber allen, die sich während des Arbeitskampfs am Warnstreik beteiligten, eine schriftliche Abmahnung. Die IG Metall empfahl den Betroffenen zu klagen. Denn: Die Beschäftigten streikten zu Recht. Das Gericht bestätigte dies.

Nach den Gerichtsentscheiden vom März ist bei Haugg etwas Ruhe eingeekehrt. Der Arbeitgeber hat seinen Stil geändert und geht freundlicher mit den Mitarbeitern um. Klar, wenn 70 Prozent der Belegschaft organisiert sind. Nun ist zu hoffen, dass die Chefs das Potenzial ihrer Belegschaft erkennen. ■

Merz.U@t-online.de

Das bisher Erreichte in Kürze

- 70 Prozent der Mitarbeiter sind organisiert.
- Den Anerkennungstarifvertrag gibt es seit 2007.
- Alle Auszubildenden sind IG Metall-Mitglieder.
- Auszubildende erhalten gemäß des Beschäftigungssicherungstarifvertrags nach der Ausbildung einen Anschlussvertrag.
- Abmahnungen wegen Warnstreik von Gericht für nichtig erklärt.

DIE GUTE IDEE

Die Sprachlosigkeit ist das größte Problem

In Neckarsulm kooperiert die IG Metall mit der Johannes-Häußler-Schule. So sollen Kinder von Migranten bessere Chancen erhalten.

Die Initiative ist vom Migrationsausschuss der IG Metall Heilbronn-Neckarsulm ausgegangen. »Ich bin selbst in diese Schule gegangen«, sagt Sadi Altinisik, heute Betriebsrat bei Audi. Rektor Manfred Scheer empfing sie mit offenen Armen: »Unser Migranten-Anteil liegt bei 60 Prozent. Die Sprachlosigkeit ist das größte Problem«, sagt der Rektor – die zwischen Eltern und Schule.

Das liege nicht nur an mangelnden Sprachkenntnissen, sagt Ergin Özcan, Betriebsrat bei Vishay: »Kulturelle Unterschiede kommen hinzu.« Als Mitglied im Heilbronner Integrationsbeirat müsse er oft genug als Übersetzer tätig werden, so seine Erfahrungen. »Die Eltern verstehen unser Schulsystem nicht«, sagt Rektor Scheer: »Ohne Eltern-Unterstützung sind die Kinder verloren.« Ergin Özcan: »Die Eltern wollen ja, dass ihre Kinder eine gute Bildung bekommen. Aber sie wissen nicht, wie sie sie dabei unterstützen können.«

Genau da setzt die Kooperation an. Vor den Sommerferien sollen die Eltern der neuen Erstklässler noch in den Kindergärten angesprochen werden. Im nächs-

ten Schuljahr ist eine Gesprächsreihe geplant, in der die Eltern über das Schulsystem und ihre Beteiligungsmöglichkeiten informiert werden. Die Metaller vom Migrationsausschuss sind in diese Elternkurse mit eingebunden und können so mithelfen, Berührungsängste abzubauen.

Vorbild sein. »Wer von Landsleuten angesprochen wird, lässt sich leichter überzeugen, dass es etwas bringt«, sagt Talip Ceylan, ebenfalls Betriebsrat bei Audi: Zumal es Landsleute seien, die in Beruf und Gesellschaft etwas erreicht haben. Ergin Özcan: »Viele befürchten, dass sie ihre kulturelle Identität verlieren. Das können wir so auch wegstreichen.« – »Ohne Vorbilder wird es nicht gehen«, sagt Manfred Scheer. »Wir schaffen diese Vorbildfunktionen und bringen wertvolle Erfahrungen ein«, sagt Felix Bader von der IG Metall. Es soll sich nicht fortsetzen, was Sadi Altinisik und seine Betriebsratskollegen zuletzt beobachtet mussten: »Die Noten von Ausbildungsplatzbewerbern mit Migrationshintergrund sind immer weiter abgerutscht.« ■

uli.eberhardt@email.de



Foto: Uli Eberhardt

Neckarsulmer Metaller mit Schulleitung: Mehr Chancen für Migranten-Kinder.

DAS BESONDERE PRODUKT



Foto: Screenshot

Ein richtiger Mitmacher: Jeder kann den Spot zur Europawahl als seinen persönlichen Aufruf an Freunde und Bekannte weiterleiten.

Europawahl: Den Bonzen ein Schnippchen schlagen

Ein Wahlspot zur Europawahl verbreitet sich rasant im Netz. Jeder kann mitmachen und andere motivieren.

Am 7. Juni ist Europawahl und jeder kann mit seinem persönlichen Werbespot dafür sorgen, dass ganz viele hingehen. Das ist die Idee des Films, den der österreichische Gewerkschaftsbund ÖGB produziert hat und den jeder im Schneeballsystem auch in Deutschland weitergeben kann.

Der Spot beginnt mit einer Runde von Managern. Bei Schampus und Hummer feiern sie, dass das Ergebnis der Europawahl schon ausgekugelt ist, weil keiner hingeht. Doch die Fieslinge freuen sich zu früh. Denn da taucht plötzlich ein Wahlauftrag eines Freundes auf.

Urheber der Kampagne ist Willi Mernyi vom ÖGB. In Amerika hatte er einen ähnlichen Spot zur Unterstützung von Präsident Barack Obama gesehen. Die Übertragung auf den

Europawahlkampf gibt Mernyi recht. »Es läuft wie Sau«, sagt er. Nach nur wenigen Tagen seit dem Start hätten Zigtausende den Wahlspot per E-Mail bereits weitergeleitet.

Anklicken. »Wir wollten weg von der üblichen Wahlwerbung, dass irgendein Prominenter dem Volk sagt, was es zu tun hat«, sagt Mernyi. Die Umkehrung, dass der Wähler die Hauptrolle spielt, ist der Gag dabei. Der Film kommt als persönlicher Spot unter dem Namen des Absenders bei Freunden und Bekannten an und motiviert sie, zur Wahl zu gehen. Also, anklicken! ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Der Spot des ÖGB zur Europawahl steht im Netz unter:
► www.film.waehledeineuropa.at

MITMACHEN DIE EUROPAWAHL AM 7. JUNI FÜR EINE SOZIALE EU

Die Europawahl ist gerade für Beschäftigte wichtig. Denn sie entscheidet über die Zusammensetzung des Europaparlaments, das immer wieder Gesetzesvorhaben im Sinne der Arbeitnehmer korrigiert. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt das soziale Europa. Mehr unter www.dgb.de → Themen → Europa → Dokumente.

IN KÜRZE

Tipps für Niedrigverdiener

Niedrigverdienern und Familien mit Kindern bietet der Staat Hilfen an. Zusätzlich zum Einkommen kann Wohngeld, Kinderzuschlag und – wenn dies nicht reicht – auch Hartz IV bezogen werden. Unter dem Titel »Hilfen für Beschäftigte mit geringem Einkommen« erläutert ein Ratgeber des DGB die Einzelheiten für diese ergänzenden Leistungen. Berechnungshilfen und Checklisten helfen abzuschätzen, ob ein Antrag lohnt oder nicht. Die Broschüre kostet einen Euro plus Porto und ist ab Mitte Juni über das DGB-Online-Bestellsystem erhältlich.

► www.dgb-bestellservice.de
→ Suchwort: »Hilfen«

Auch am PC Strom sparen

Elektrogeräte, wie Computer, Drucker, Spielekonsole, Telefon und Fernseher verursachen in privaten Haushalten jährlich etwa 3,3 Milliarden Euro Stromkosten nur durch den Leerlauf (Stand-by), so die Berechnungen des Umweltbundesamtes. Die Broschüre »Energiespartipps für PC, Drucker & Co.« der Deutschen-Energie-Agentur (Dena) liefert zahlreiche Tipps und Informationen rund um den Einkauf und die effiziente Nutzung von PC, Monitor, Drucker und vielen Peripheriegeräten.

► www.stromeffizienz.de
→ Service & Beratung
→ Downloads

Neue Adresse mitteilen

Viele Rentenbezieher versäumen es, bei einem Umzug ihre neue Anschrift auch der Deutschen Rentenversicherung mitzuteilen. Was viele nicht wissen: Können Briefe nicht zugestellt und die neue Adresse nicht ermittelt werden, stellt die Behörde sämtliche Zahlungen an den Versicherten ein. Erst wenn der Rentenversicherung die neue Anschrift bekannt ist, setzt sie die Zahlung fort. Adressänderungen nimmt der Renten Service der Deutschen Post in jeder Postfiliale entgegen. Auch über das Internet sind Änderungen möglich.

► www.rentenservice.de
→ Änderungsmitteilung

ARBEIT

TIPPS FÜR DEN JOB



Illustration: Klara Viskova / Fotolia.com

Betrieb aus. Was nun Azubi?

Bei Insolvenz, Stilllegung und auch bei Kurzarbeit gilt: Die Berufsausbildung ist ein besonderes, geschütztes Vertragsverhältnis. Sollte die Ausbildung im Betrieb gar nicht mehr möglich sein, helfen IG Metall und Kammern bei der Vermittlung in einen neuen Ausbildungsplatz.

Insolvenz oder gar Stilllegung drohen. Was wird nun mit der Ausbildung? Generell gilt: Weiter zum Arbeitsplatz und zur Berufsschule gehen, nichts unterschreiben und Hilfe suchen: Bei der Industrie- und Handelskammer (IHK), der Handwerksinnung, der Berufsschule, der Arbeitsagentur – und bei der IG Metall, die Kontakte zu vielen Betrieben hat. In der Regel klappt die Vermittlung in einen neuen Ausbildungsplatz, wo die Ausbildung weiter geht.

Insolvenz. Bei Insolvenz besteht das Ausbildungsverhältnis zunächst normal weiter – auch die Vergütung. Bei Problemen hilft die IG Metall. Allerdings kann sich die Bezahlung verzögern: Unbedingt mit der Bank reden.

Ist die Ausbildung weit fortgeschritten, kann die Prüfung in

Absprache mit der IHK oder der Innung vorgezogen werden.

Stilllegung. Wird der Betrieb mit Insolvenz stillgelegt, beträgt die Kündigungsfrist drei Monate. Ohne Insolvenz ist sofort kündbar.

In jedem Fall sollten Azubis sofort einen neuen Ausbildungsplatz suchen. Betriebe sind oft bereit, betroffene Azubis zu übernehmen. Die Arbeitsagentur zahlt dafür auf

Antrag Fördergelder. Wichtig: Ein Arbeitszeugnis, in dem »Ende wegen Stilllegung« vermerkt ist.

Kurzarbeit. Azubis können nur in Ausnahmen unter hohen Auflagen in Kurzarbeit genommen werden – bei voller Vergütung für sechs Wochen. In Betrieben mit starker IG Metall werden Azubis von Kurzarbeit ausgenommen. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

So rettet Ihr Eure Ausbildung

- Nicht klein beigeben – nichts unterschreiben. Auf jeden Fall weiter die Arbeitskraft anbieten und weiter zur Berufsschule gehen. Der Arbeitgeber muss alle Möglichkeiten zur Fortführung der Ausbildung im Betrieb ausschöpfen. Betriebsrat und IG Metall helfen.
- So früh wie möglich nach einem Ersatz-Ausbildungsplatz suchen. Hilfe bei der IHK, bei den Handwerksinnungen, bei der Arbeitsagentur und bei der IG Metall holen. Weitere Tipps und Kontakte unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

BESSER MIT BILDUNG

Schüler proben den Berufseinstieg

In Haßloch organisieren Gewerkschafter ein Planspiel für Schüler: Bewerben, lernen, Probleme meistern. Mit echten Arbeitgebern.

Auf Los: 70 Schüler drängen mit ihren Bewerbungsmappen ins Jugendzentrum »Blaubär« in Haßloch in der Pfalz. Berater vom Arbeitskreis Schule und Gewerkschaft des DGB-Ortsverbands schicken die Schüler zum ersten Bewerbungsgespräch, bei echten Personalleuten. 13 Arbeitgeber machen mit beim DGB-Berufseinstiegs-Planspiel »Ready-Steady-Go« – darunter ein Autohaus, die Sparkasse und die Gemeinde.

»Mit dem Zeugnis fallen Sie bei uns durch die Vorauswahl«, erklärt der ehemalige BASF-Ausbilder Peter Winkelmüller einer 14-jährigen Realschülerin, die Chemielaborantin werden will. Peter Winkelmüller bohrt weiter nach – »Würden Sie bei BASF bleiben? Und ins Ausland gehen?« – und gibt Tipps. Die 14-jährige bekommt erst einmal ein Praktikum. Ihr Fazit: »Klar: Ich muss in Chemie und Mathe besser werden«. Zurück auf Los. Die nächsten Stationen: Nachhilfe. Bewerbungstraining. Das zweite Bewerbungsgespräch klappt sicher.

Einige Schüler sind gut vorbereitet und nutzen ihre Chancen. Andere wechseln öfter oder gehen noch mal zur Schule. Ereigniskar-

ten kommen ins Spiel: der Betrieb macht zu, schwanger in der Ausbildung, entlassen wegen Diebstahls. Die Sozialberatung, die Arbeitsagentur und die Gewerkschaft helfen weiter – natürlich mit echten Beratern und einer echten Gewerkschaftssekretärin.

Nach vier Stunden ist das Spiel vorbei. Die Schüler sind nun mit 25 bis 30 Jahren im Beruf angelangt. Und einige haben schon reale Praktikumsplätze in der Tasche.

Was gelernt. »Ich weiß jetzt, wie ich mich bewerbe, wie es später sein wird – und auch wohin ich mich bei Tiefschlägen wende«, fasst ein Achtklässler zusammen.

Seit drei Jahren gibt es das von der DGB-Jugend Baden-Württemberg entwickelte Planspiel nun in Haßloch. Die Schulen sind begeistert: Die Schüler sind bewusster, erklärt Lothar Zwing vom DGB-Ortsverband. Und: »Auch die Arbeitgeber lernen: Einige nehmen jetzt gerne Hauptschüler.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Infos, Material und Kontakte zum Planspiel »Ready-Steady-Go«:

► www.jugend-bw.dgb.de/Schule



Foto: Markus Proßwitz / Masterpress

Schülerinnen bei der Gewerkschaftsberatung im Berufseinstiegs-Spiel.

AUF DEM PRÜFSTAND



Foto: pressmaster / fotolia.com

Überstunden machen krank: Beschäftigte über 40 sind besonders anfällig.

Lange Arbeitszeiten sind Gift für die Gesundheit

Eine Studie belegt den direkten Zusammenhang von langen Wochenarbeitszeiten und Gesundheitsrisiken.

Große Arbeitsbelastung fordert ihren Tribut. Wer zu lange arbeitet, schläft schlechter. Wie Überstunden krank machen können, hat jetzt eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) ergeben, für die vier Studien ausgewertet wurden. Jeder, der in der Krise ranklotzt, um seinen Job zu retten, sollte deshalb gesundheitliche Folgen für sich persönlich bedenken.

Jeder Vierte. Bei Beschäftigten mit mehr 60 Arbeitsstunden pro Woche leidet jeder Vierte an Schlafproblemen. Fast jeder Zehnte mit dieser Arbeitsbelastung klagt über Herzbeschwerden. Noch schlimmer ist es bei

langen Arbeitszeiten im Schichtsystem. Ein Drittel dieser Beschäftigten leidet nämlich unter Schlafstörungen. Faktoren wie variable Arbeitszeiten, Arbeit am Abend oder an Wochenenden und schlechte Planbarkeit verschlimmern die Probleme noch.

Am anfälligsten für Gesundheitsbeschwerden durch lange Arbeitszeiten sind Beschäftigte zwischen 40 und 54 Jahren. Die unter 25-Jährigen können laut Studie die Belastungen noch am ehesten wegstecken. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Die Untersuchung gibt es unter:

- www.baua.de
- Publikationen
- Fachbeiträge

MITMACHEN ÜBERSTUNDEN: RANKLOTZEN ODER BREMSEN?

In der Konjunkturkrise haben viele Angst um ihren Arbeitsplatz und machen Überstunden, was das Zeug hält. Prinzipiell muss Mehrarbeit vom Betriebsrat genehmigt werden. Die neuen Forschungsergebnisse zeigen, dass Vorsicht geboten ist. Welche Erfahrungen macht Ihr mit Überstunden an Eurem Arbeitsplatz? Schreibt uns. Per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

RENTENPOLITIK MAL ANDERS

Bescheiden, aber sicher

Die gesetzliche Rente ist besser als ihr Ruf. Dorothea Mohn vom Bundesverband der Verbraucherzentralen hat sich die Renditeversprechen der privaten Altersvorsorge angeschaut und kommt zu dem Schluss: Risiken werden oft heruntergespielt.

Lohnt sich die gesetzliche Rente? Die Antwort hängt ganz entscheidend davon ab, wer sie gibt. Die Lobbyisten der Finanzwirtschaft reden die gesetzliche Rente seit Jahren schlecht. Sie schüren »Rentenangst«, um ihre Versicherungs- und Anlageprodukte aufzuwerten. Dabei scheuen sie auch vor verzerrenden Vergleichen nicht zurück. So rechnete das Deutsche Institut für Altersvorsorge – dahinter steht die Deutsche Bank – vor: Wer sein Geld in die staatliche Rentenkasse einzahlte, macht Verluste. Allerdings legte das Institut an die gesetzliche Rente höhere Maßstäbe an als an private Produkte. Es rechnete die Inflation kurzerhand mit ein.

Rente mit Gewinn. Die Deutsche Rentenversicherung Bund kommt zu anderen Ergebnissen, die von unabhängiger Seite bestätigt werden. Danach wird die gesetzliche Rente auch in Zukunft Gewinn abwerfen. Die Rendite ist vielleicht bescheiden, aber positiv.

Für das Gros der Menschen ist die umlagefinanzierte Rente die richtige und wichtigste Vorsorge. Letztendlich ist sie mit deutlich weniger Risiken behaftet als die private Vorsorge. So sind private Verträge vielfältig mit überbordenden Kosten belastet und bei vorzeitiger Kündigung drohen oft herbe Verluste. Risiken birgt auch schlechte Beratung, in der Verkäufer Kunden zum Kauf ungeeigneter Produkte drängen oder zum häufigen Produktwechsel raten, obwohl damit Verluste und Kosten verbunden sind. Die hohen Renditeprognosen der Privaten beruhen meist auf sehr langfristigen Anlagezeiträumen. Doch die wenigsten Verträge lau-



Dorothea Mohn sieht in der gesetzlichen Rente die wichtigste Vorsorge.

fen 30 Jahre oder mehr. Ferner erfordern sich ändernde Lebenslagen Vertragsanpassungen oder -abbrüche. Aufschlussreich wären Renditeprognosen, die hieraus resultierende Verluste einrechnen.

Zur Autorin

Dorothea Mohn, geboren 1973, arbeitet seit 2003 als Referentin für Altersvorsorge und Kapitalanlage beim Bundesverband der Verbraucherzentralen in Berlin. Ein wesentlicher Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in der Begleitung kapitalmarktbezogener nationaler und europäischer Gesetzgebung.

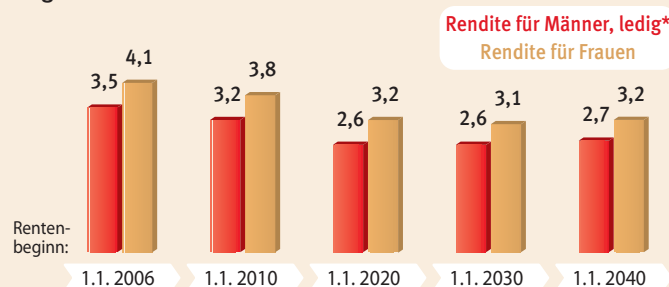
Naiv, wer dann noch von tollen Renditen ausgeht? Wie sicher die Renditen an den Finanzmärkten konkret waren, zeigt zumindest die derzeitige Krise. Die Risiken werden von Anhängern der kapitalgedeckten Altersvorsorge jedoch heruntergespielt.

Was bedeutet das? Die gesetzliche Rentenversicherung muss die wichtigste Säule der Altersvorsorge bleiben und ein ausreichendes Sicherungsniveau gewähren. Ob sie das schafft, hängt am Ende von politischen Entscheidungen ab. Natürlich spricht nichts dagegen, als Ergänzung auch private Vorsorge zu fördern. Doch der Staat darf nicht alles dem Markt überlassen. Wer nur wenig Geld fürs Alter zurücklegen kann, braucht zumindest eine unabhängige Beratung, die eine gute und richtige Produktwahl gewährt. ■

mohn@vzbv.de

Rentable Rentenbeiträge

Angaben in Prozent



*Die Rendite für verheiratete Männer entspricht in etwa der Rendite für Frauen.
Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund | © mz-grafik 2009

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Arbeitnehmerfreizügigkeit

Die Grenzen in Europa sind noch nicht ganz gefallen. Deutschland und Österreich fürchten sich vor Lohndumping und haben den Zutritt zu ihren Arbeitsmärkten für weitere zwei Jahre eingeschränkt.

Für Bürger der Europäischen Union gibt es keine Grenzen mehr. Jeder kann seinen Wohn- und Arbeitsplatz frei wählen. Er braucht keine Arbeitserlaubnis. Jeder? Nein, für Menschen aus acht ost- und mitteleuropäischen Staaten, die vor fünf Jahren der EU beitraten, gibt es noch immer Hürden. Für sie gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht.

Ende April sollten diese Hürden innerhalb der EU fallen. Nur wenn dem heimischen Arbeitsmarkt dadurch eine »schwerwiegende Störung« droht, kann die Frist bis 2011 verlängert werden. Eine solche Störung befürchtet die Bundesregierung und hat den Zutritt zum deutschen Arbeitsmarkt für weitere zwei Jahre eingeschränkt. Österreich und Deutschland sind damit die letzten in Europa, die die Arbeitnehmerfreizügigkeit einschränken.

Hintergrund war: Die alten EU-Mitglieder fürchteten angesichts des niedrigen Lohnniveaus in den neuen Ländern Druck auf

die eigenen Löhne. Lediglich Schweden und Großbritannien öffneten ihre Arbeitsmärkte für die neuen EU-Bürger aus Polen, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Slowenien von Anfang an.

Deutschland anfälliger. Viele Osteuropäer gingen nach Großbritannien und Schweden, um dort zu arbeiten. Doch der deutsche Arbeitsmarkt ist aus Sicht der IG Metall für Lohndumping anfälliger. Hier gibt es im Gegen-

satz zu Großbritannien keinen Mindestlohn, und die Arbeitslosigkeit ist höher als in Schweden.

Angesichts dieser Bedingungen lehnt die IG Metall die Verlängerung nicht ab. Allerdings sind die Probleme ihrer Ansicht nach hausgemacht. Die Fehler liegen nicht in Brüssel, sondern in Berlin. Die Bundesregierung habe die letzten Jahre nicht genutzt, um den deutschen Arbeitsmarkt etwa durch einen gesetzlichen Mindestlohn besser gegen Lohndumping zu wappnen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Für Freiberufler sind die Hürden niedriger

Keine Regel ohne Ausnahme. Zwar brauchen Arbeitnehmer aus den neuen Beitrittsländern eine Arbeitserlaubnis, wenn sie in Deutschland oder Österreich eine Arbeit annehmen oder von ihrem Arbeitgeber dorthin gesandt werden. Für Selbstständige und Freiberufler gilt diese Hürde jedoch nicht. Sie können bereits heute in Deutschland arbeiten. Dabei besteht natürlich die Gefahr, dass Arbeitgeber diese Regelung missbrauchen und aus Arbeitnehmern zum Schein Selbstständige machen. Diesem Missbrauch muss der Gesetzgeber Einhalt gebieten.

Mehr Mutterschutz

Deutschland ist in Europa Schlusslicht beim Mutterschutz. Hierzulande gibt es bisher nur 14 Wochen Mutterschutz, also bezahlten Sonderurlaub, auf die eine Mutter vor und nach der Geburt Anspruch hat.

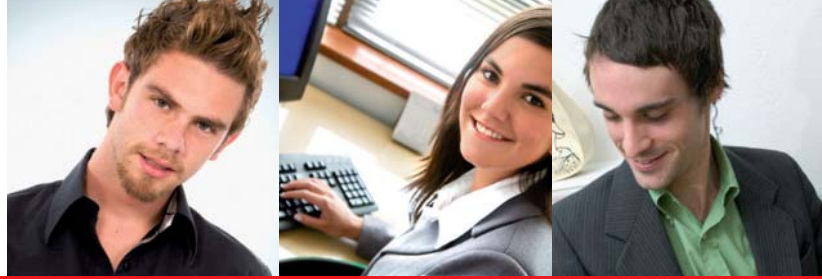
Das könnte sich ändern, wenn sich im Europaparlament ein Vorschlag durchsetzt, die Mindestdauer des Mutterschutzes in allen 27 EU-Ländern auf 20 Wochen auszuweiten. Die Fraktionen von Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen im Europaparlament sprechen sich für diese Verlängerung aus.

Außerdem soll ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub in allen 27 EU-Ländern Pflicht werden. Damit soll Vätern die Chance gegeben werden, die Beziehung zu ihrem neugeborenen Kind frühzeitig zu festigen. Die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) versucht, die Neuregelung zu torpedieren. Die Gewerkschaften und der DGB fordern hingegen seit längerem eine Ausweitung des Mutterschutzes. Im Sinne der Gesundheit von Mutter und Kind und der Erholung nach der Geburt sei eine Verlängerung sehr sinnvoll.



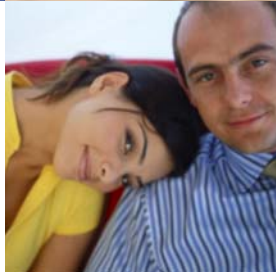
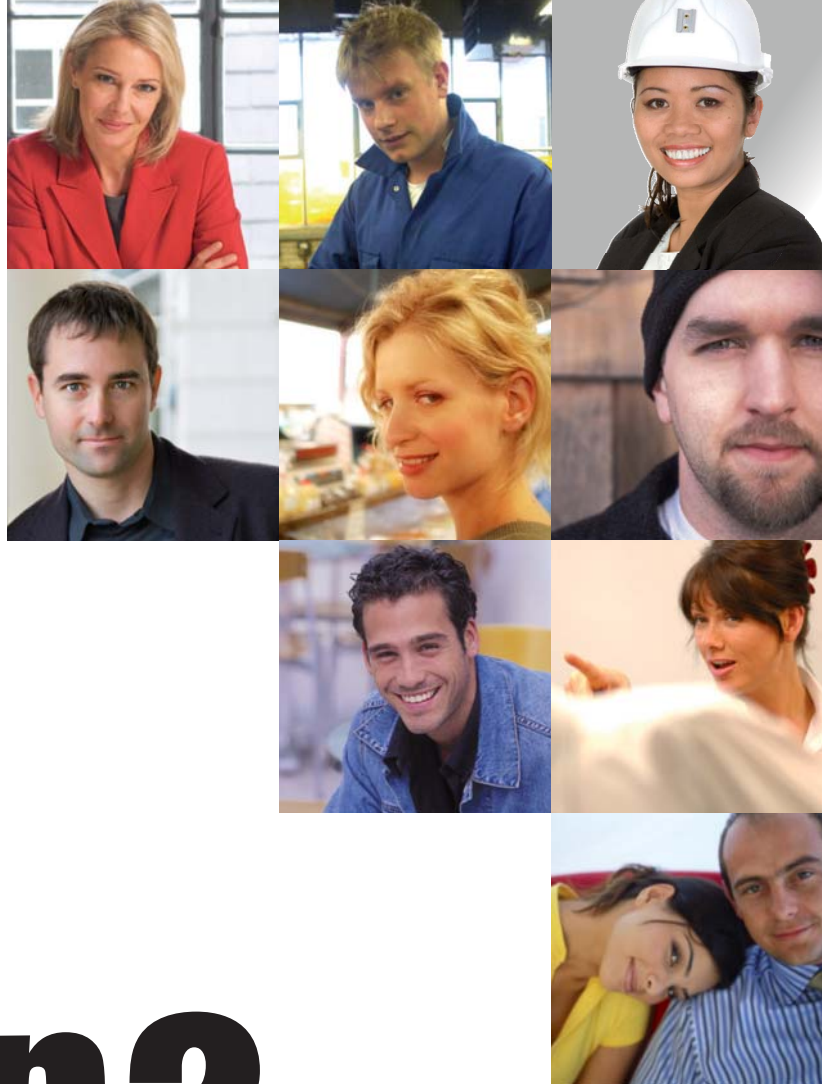
DAS LETZTE





Wir fragen Dich:

Was muss sich ändern?



Sag' es!

www.gutes-leben.de

**GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN**

